

## Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 21. Oktober 2010, 19.00 Uhr, Rathaus

---

Vorsitz: Beat Brunner, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates 46  
Mitglieder des Gemeinderates: 7  
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber  
Martin Frey, Finanzverwalter  
Thomas Sigrist, Schulpflegepräsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt Dacfev Dzung  
Cornelia Arnold  
Stephan Frey  
Daniela Gueniat

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 9. September 2010
  - 2.1 Einbürgerung; Atmaca Ayça, geb. 9. Mai 1996, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 49
  - 2.2 Einbürgerung; Christakopoulos Ilias, geb. 1. Februar 1972, Christakopoulos Dimitra, geb. 18. September 2007, und Christakopoulos Andreas, geb. 9. August 2010, griechische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 105b
  - 2.3 Einbürgerung; Kaiser Martina, geb. 30. November 1967, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Etzelmatt 5
  - 2.4 Einbürgerung; Kovacevic Ruzica, geb. 28. Dezember 1980, serbische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Langacker 14
  3. Voranschlag 2011
  4. Kreditantrag von Fr. 3'910'000.00 für die Modernisierung und Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes
  5. Kreditbegehren von Fr. 800'000.00 für die Auswertung und behindertengerechte Umgestaltung des Bahnhofs Wettingen
  6. Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Januar 2008 betreffend Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen; Bericht
  7. Postulat Fraktion EVP/Forum 5430 vom 6. Mai 2010 betreffend Einführung des reduzierten Winterdienstes; Ablehnung

## **0. Mitteilungen**

### **0.a Rechtskraft**

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzungen vom 9. September 2010, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

### **0.b Geburt Livia Gueniat**

Der Präsident beglückwünscht Daniela Gueniat und ihren Mann zur Geburt ihrer Tochter Livia und wünscht alles Gute und viel Freude.

### **0.c Neueingänge**

#### **0.c.a Postulat Velostation**

##### **Antrag:**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, für die Einrichtung einer Velostation in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Wettingen besorgt zu sein. Diese Velostation soll folgende Leistungen bieten:

- Geschütztes Parkieren von Fahrrädern, allenfalls Bewachung durch geeignetes Personal
- angemessene Erweiterung der Gesamtzahl der am Bahnhof verfügbaren Veloplätze
- kurze Gehdistanz zu den Perrons des Bahnhofs
- kostenpflichtiges Abstellen von Fahrrädern.

Es soll geprüft werden, welche der folgenden Angebote diese Velostation sinnvoll ergänzen:

- Reparaturservice zur Vornahme einfacher Wartungsarbeiten
- Velovermietung

Falls das Projekt "Entwicklungsplanung für das Bahnhofareal" rasch genug vorankommt, soll geprüft werden, ob die Velostation im Rahmen dieses Vorhabens realisiert werden kann.

##### **Begründung:**

- Es besteht eine grosse Nachfrage nach Veloparkplätzen am Bahnhof Wettingen. Die Anzahl Plätze, welche nach der Realisierung des Projekts "Modernisierung und Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes" zur Verfügung stehen, deckt die aktuelle Nachfrage nicht ab.
- Die Benutzung des Fahrrads als Zubringer zum Bahnhof soll weiter gefördert werden.
- Eine grosse Zahl der Velofahrerinnen und Velofahrer möchte ihr Fahrrad besser vor

Diebstahl und mutwilliger oder unabsichtlicher Beschädigung schützen.

- Überdies wird der Anteil von teuren Elektro-Fahrrädern am Fahrradbestand weiter steigen. Solche teuren Fahrzeuge werden nur für die Fahrt zum Bahnhof eingesetzt, wenn sie sicher abgestellt werden können.

#### **0.c.b Postulat E-Voting**

##### **Antrag:**

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob die Voraussetzungen in der Gemeinde gegeben sind, damit sich Wettingen als Pilotgemeinde an der geplanten e-Voting-Testphase beteiligen kann und, wenn dies möglich ist, beim Kanton die entsprechende Bewerbung einzureichen.

Im November 2010 geht im Aargau die erste Abstimmung mit e-Voting für Auslandschweizer-Stimmberechtigte über die Bühne. Darüber hinaus plant der Kanton - nach den Vorgaben des Bundes - die Einführung und Umsetzung von e-Voting generell.\*) Der Zeitplan dafür sieht gem. Aufgaben- und Finanzplan 2011 - 2014 folgendermassen aus:

Entwicklung Konzept und Umsetzung	2010
Erste Gesuchseingabe Bundesrat	2010
Pilot- und Testphase	2010 - 2012

##### **Begründung:**

Wettingen ist eine innovative Gemeinde. Mit einer solchen Beteiligung als Pilotgemeinde für

e-Voting könnte unsere Gemeinde unter Beweis stellen, dass sie tatsächlich modern und aufgeschlossen ist und sie könnte damit als eine der ersten Gemeinden im Kanton ihren Einwohnerinnen und Einwohnern den Zugang zur elektronischen Stimmabgabe ermöglichen.

\*) e-Voting ist das Abstimmen und Wählen über das Internet sowie das elektronische Unterzeichnen von Referenden und Initiativen

#### **1. Protokoll der Sitzung vom 9. September 2010**

Das Protokoll der Sitzung vom 9. September 2010 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

## 2. Einbürgerungen

### 2.1 Einbürgerung; Atmaca Ayça, geb. 9. Mai 1996, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwysig-Strasse 49

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 41 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugesichert.

### 2.2 Einbürgerung; Christakopoulos Ilias, geb. 1. Februar 1972, Christakopoulos Dimitra, geb. 18. September 2007, und Christakopoulos Andreas, geb. 9. August 2010, griechische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 105b

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 40 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

### 2.3 Einbürgerung; Kaiser Martina, geb. 30. November 1967, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Etzelmatt 5

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 41 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugesichert.

### 2.4 Einbürgerung; Kovacevic Ruzica, geb. 28. Dezember 1980, serbische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Langäcker 14

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 40 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

## 3. Voranschlag 2011

### Eintreten

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Der Gemeinderat präsentiert der Finanzkommission ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 89 % sowie Pflichtabschreibungen von 9 %. Der Nettoaufwand im Budget 2011 ist mit rund Fr. 48 Mio. veranschlagt, gegenüber Budget 2010 mit Fr. 43.8 um Fr. 4.2 Mio. höher. Wie auch im Budget 2010 fällt wiederum die massive Mehrbelastung im Bereich Nettoaufwand Soziale Wohlfahrt und Gesundheit auf.

Gemäss Finanzplan vom 24. Juni 2010 prognostiziert der Gemeinderat per Rechnungsjahr 2011 eine Steuerfusserhöhung um 2 % auf 89 %. Im Planjahr 2013 soll ein Steuerfuss von 95 % zum Tragen kommen. Diese Erhöhung hängt massgeblich vom geplanten Investitionsprogramm ab. Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Meinung, dass die Steuerfussituation bestmöglich den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden soll. Hauptsächlich unterstützen wir weiterhin eine gesunde, aber auch restriktive Finanzpolitik, wie sie in den vergangenen Jahren gewählt wurde. Stets wurde seriös und umsichtig budgetiert. Unter Berücksichtigung der künftigen Investitionen sollen die Finanzen auch in Zukunft gesund bleiben. Die entsprechende Flexibilität muss über die Steuerfussituation erhältlich gemacht werden. Insgesamt ist es unseres Erachtens vertretbar, den Steuerfuss auf das Niveau von 89 % anzuheben. Entscheidend ist, dass die Eigenfinanzierung noch maximiert wird. Wir erachte es als unerlässlich, den Satz der Pflichtabschreibungen mit mindestens 10 % festzulegen. Dieses Ziel ist bei gutem Willen mit bewussten Budgetkorrekturen realistisch und erreichbar.

In der Detaildiskussion werden sich verschiedene Positionen ergeben, welche angepasst werden können. Die Erhöhung der Pflichtabschreibungen würde ein positives Zeichen im Sinne einer erhöhten Eigenfinanzierung durch höhere obligatorische Abschreibungen setzen.

Das EWW hinterlässt erneut einen guten Eindruck. Die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Einwohnergemeinde und EWW funktioniert gut und zur Zufriedenheit der involvierten Personen. Das neue Rechnungslegungsmodell ist etabliert und wird in den kommenden Jahren die Vergleichbarkeit der Zahlen mit sich bringen.

Der Stellenplan 2011 des EWW bleibt unverändert.

Im Stellenplan 2011 der Einwohnergemeinde sind Stellenaufstockungen von insgesamt 638 % vorgesehen. Im Detail zeigen sich diese wie folgt:

Festanstellung Abbau Überstunden Einwohnerkontrolle	40 %
Ausbau Stabstelle Informatik Informatik	90 %
Aufbau einer Personalfachstelle Gemeindeganzlei/Zivilstandesamt	100 %
Stellenaufstockung zur Abdeckung erweiterter Öffnungszeiten Bibliothek	33 %
Ablösung Nebenamtstelle in Festanstellung Informatik Schule	75 %
Stellenaufstockung aufgrund Verwaltungsanalyse Sozialabteilung	250 %
Ablösung Aushilfe in Festanstellung SVA-Zweigstelle	50 %
<b>Total:</b>	<b>638 %</b>

Die Besoldungsanpassung ist im Budget 2011 mit 1.3 Lohnprozent berücksichtigt. Ein Vergleich mit den umliegenden und grösseren Gemeinden im Kanton Aargau zeigt eine Anpassung von 1 % bis 2 %. Im Durchschnitt werden 1.33 % vorgeschlagen.

Die Diskussion in der Personalkommission war kontrovers. Während Anträge von 0.5 bis 2.0 % im Raum standen, einigte man sich auf 1.3 Lohnprozent. Grundsätzlich können Argumente wie antizyklisches Verhalten der Verwaltung, das Mitarbeiterbeurteilungssystem funktioniere bei 1 % nicht oder es wären bei einer Nullrunde Abwanderungen des Personals zu erwarten, etc. nach meiner Auffassung nicht gelten. Im nächsten Jahr wird es beim einen oder anderen Betrieb in der Privatindustrie wieder zu einer Nullrunde kommen. Insofern ist ein reduzierter Antrag nicht abwegig. In Anbetracht dieser Umstände und auch mit Blick auf die umliegenden Gemeinden erachtet die Finanzkommission mehrheitlich die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lohnerhöhung um 1.3 % als angemessen, wir sind allerdings der Meinung, dass diese Lohnerhöhung nur über die Leistungsbeurteilung ausgeschöpft werden soll. Die Festlegung dieses Verhältnisses legt der Gemeinderat fest.

Insgesamt konnte mir Martin Frey einen tadellosen Budgetablauf bestätigen. Hinzu kommt die sehr angenehme und konstruktive Zusammenarbeit mit dem EWW. Ich danke allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Abschliessend darf ich im Namen der Finanzkommission allen kontaktierten Personen der Gemeindeverwaltung, des EWW sowie des Gemeinderates für die transparente Kommunikation bestens danken. Ein spezieller Dank gebührt Martin Frey mit seinem Team. Sie stehen stets kompetent und freundlich mit Rat und Tat zur Verfügung. Vielen Dank!

Zusammenfassend beantragt Ihnen die Finanzkommission mit 3:2 bei 5 Anwesenden auf die Budgetdebatte einzutreten.

*Eintreffen von Meinrad Jäger*

**Dr. Markus Dieth, Gemeindeammann:** Wir haben heute einen besonderen Tag: wir haben eine Steuerfusserhöhung zu debattieren. Es geht heute darum zu schauen, ob man einhält, was man bei der letzten Steuerfussreduktion von 87 % auf 89 % gesagt hat. Nämlich, dass man wirklich keine Steuern auf Vorrat erheben, sondern nur die Mittel zur Verfügung stellen, die notwendig sind. Deshalb sei man auch bereit, in begründeten Fällen den Steuerfuss wieder zu anzupassen. Dies wurde hier vor 3 Jahren verkündet. Heute präsentiert Ihnen der Gemeinderat einen Voranschlag mit Aufwand und Ertrag von Fr. 100'730'836 ein ausgeglichenes Budget. Gegenüber dem Vorjahresbudget stieg der Umsatz um 6.1 %, also Fr. 5.7 Mio. und gegenüber der Rechnung 2009 um 5.1 % oder um Fr. 2.3 %. In einem Fraktionsbericht konnte man Zahlen sehen, die nicht stimmen. Gerne stelle ich dies hier richtig, damit wir von den richtigen Voraussetzungen ausgehen. Der Nettoaufwand des Budgets 2011 beträgt Fr. 46.4 Mio. In der Rechnung 2002 betrug der Nettoaufwand Fr. 33.4 Mio. In den letzten 10 Jahren hat er also um Fr. 10 Mio. zugenommen. Alleine in diesem Zeitraum beträgt die Teuerung 8 %. Im Bereich der den Gemeinden aufgebürdeten Ausgaben und im Rahmen der Lastenverteilung Bund-Kanton-Gemeinden hat sich der Sachaufwand seit 2002 nahezu verdoppelt. Der Gemeinderat hat dies sehr detailliert analysiert. Die Ausgaben- und Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinde hat sich gegenüber dem Voranschlag 2010 um rund Fr. 2.4 Mio. erhöht. Rechnet man dies aus, gibt dies rund 5 Steuerprozent. Der Hauptanteil dieser Mehraufwendungen wird durch die Pflegefinanzierung verursacht, welche am 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Neu müssen sämtliche Restkosten der stationären Pflege durch die Gemeinden getragen werden. Dies löst für die Gemeinde Wettingen im Bereich der gebundenen Ausgaben Mehrkosten von rund Fr. 1.5 Mio. aus. In Anbetracht des knappen finanziellen Handlungsspielraums hat dieser Mehraufwand trotz Berücksichtigung des kantonalen prognostizierten Steuerwachstums von 3 % mit den bestehenden Ressourcen nicht aufgefangen werden können. Dies führt deshalb zu der beantragten Steuerfusserhöhung von 2 %. Der Gemeinderat möchte im Hinblick auch auf künftige Aufgaben eine optimale Eigenfinanzierung sicherstellen und das bewährte Abschreibungssystem der Pflichtabschreibungen beibehalten. Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abschreibungen von 10 % sind im Budget zusätzlich 9 % Pflichtabschreibungen berücksichtigt, allenfalls nach dieser Sitzung 10 %. Bei der Verrechnung des Steuerpotentials übernimmt die Gemeinde Wettingen die kantonalen Steuerprognosen des Kantonalen Steueramtes. Dieses geht von einer Ertragssteigerung bei der Einkommens- und Vermögenssteuer von 3 % aus. Die vorliegende, aus unserer Sicht angemessene, Steuerfusserhöhung trägt auch zur Erhöhung der Belastbarkeitsquote bei. Wir werden also beim Kapitaldienst leistungsfähiger, was wiederum die Schuldengrenze erhöht. Mit der Erhöhung der Leistungsfähigkeit werden die von Gemeinderat und Einwohnerrat geplanten Investitionen und Pläne im Jahr 2011 trag- und verantwortbar. Wettingen schliesst, dies haben wir mit dem Gemeindeinspektorat angeschaut, sehr gut ab. Die Nettoverzinsquote wird vom Gemeindeinspektorat bis zu einer Bewertung von 5 als sehr gut beurteilt. Wettingen erreicht einen Wert von 4. Die Nettoschuld pro Einwohnerrat wird bis Fr. 2'000.00 als sehr gut beurteilt. Wettingen erreicht hier Fr. 653.00. Die Verschuldungsquote wird bis zu einem Wert von 8 als sehr gut beurteilt. Wettingen erreicht einen Wert von 5. Wir können gesamthaft feststellen, dass die Gemeinde in einer kerngesunden finanziellen Lage ist. Dies beweist auch die durch das Gemeindeinspektorat durchgeführten Kontrollen der letzten Jahre. Zum EW: wir bitten Sie, darauf einzutreten. Die Finanzkommission wird sicher weitere Ausführungen vornehmen.

**Martin Egloff:** Die Fraktion FDP steht grundsätzlich hinter dem Voranschlag 2011. Wir möchten gerne einzelne Punkte und Streichungsanträge der Finanzkommission diskutieren und unterstützen deshalb das Eintreten auf den Voranschlag.

**Holger Czerwenka:** Die Fraktion Forum 5430/EVP ist für das Eintreten auf den Voranschlag 2011 und wird einzelne Streichungsanträge ausführlicher kommentieren.

**Daniel Frautschi:** Auch die SVP-Fraktion ist für das Eintreten auf das Budget 2011 und wird vor der Schlussabstimmung einen Antrag stellen.

**Patrick Bürgi:** Auch die Fraktion CVP ist für das Eintreten. Wir haben uns intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt und mit unseren Finanzkommissionsmitgliedern beraten. Die CVP ist der Ansicht, dass ein Budget vorliegt, welches vom Gemeinderat seriös erarbeitet und von der Finanzkommission umfassend geprüft wurde. Die Budgetrichtlinien wurden eingehalten. In Bezug auf die Steuerfusserhöhung hat die CVP in der Vergangenheit immer wieder betont, dass eine Diskussion darüber bei Notwendigkeit stattfinden kann. Dies scheint uns heute der Fall zu sein. Nach der Detailberatung wird sich zeigen, wie hoch die Budgetveränderung sein wird. Unser Ziel ist es, bei einem maximalen Steuerfuss von 89 % maximale Pflichtabschreibungen festsetzen zu können.

**Markus Maibach:** Die Fraktion SP/WettiGrünen ist auch für Eintreten. Ich habe aber ein paar wichtige Bemerkungen zu unserer Einschätzung. Wettingen geht es finanziell gut und trotz einer ausserordentlichen Sparübung beim vorliegenden Budget muss der Steuerfuss erhöht werden. Dies ist auf eine Art gut, weil, da sind wir uns einig, der Gemeinderat gezeigt hat, dass er einen Sparwillen hat. Auf der anderen Seite fragen wir uns, wieso eine solche Sparübung nötig war. Lassen Sie mich dies ausführen. Im Budget 2009 hatte es eine Differenz zwischen dem Gemeinderats-Budget, das die Finanzkommissionsmitglieder anschauen dürfen, und dem Budget, welches dem Einwohnerrat vorgelegen war, von Fr. 2 Mio. D.h., der Gemeinderat hat Fr. 2 Mio. zusätzlich gespart. Zum Teil waren es Budgetkorrekturen, zum Teil echtes Sparen. Im Budget 2010 waren es deutlich mehr, nämlich Fr. 5 Mio. Dies führte im Einwohnerrat zu längeren Diskussionen über die Entwicklung des Steuerfusses. Dieses Jahr sind es auch wieder Fr. 4.8 Mio., aber nach einer 2. Runde. D.h., der Gemeinderat hat sehr viel Energie hineingesteckt, eine Differenz zwischen der von der Verwaltung vorgelegten und dem an den Einwohnerrat weitergeleiteten Budget zu schaffen. Dies zeigt den Sparwillen und kann positiv gewürdigt werden. Man kann sich aber auch fragen, ob die Verwaltung schlecht ist im Budgetieren. Wir haben den Verdacht, dass sehr viel, teilweise auch pauschal, gespart worden ist. Trotzdem ist es nicht gelungen, den Steuerfuss nicht zu erhöhen. Das zeigt uns die Notwendigkeit der Steuerfusserhöhung auf. Wir begrüßen aber die allgemeine Stossrichtung. Eine moderate Steuerfusserhöhung steht seit längerem auf dem Tapet. Es geht nicht darum, dass man auf Vorrat spart. Es geht vielmehr darum, dass man dies jetzt investiert. Wir werden auch zu einzelnen Finanzkommissions-Anträgen unsere Opposition anmelden in der laufenden Diskussion und unsere finale Haltung zum Budget davon abhängig machen.

## **Detailberatung**

### **0. Allgemeine Verwaltung**

#### **011.308.00 Entschädigung temporäre Arbeitskräfte**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Vorgesehen ist, dass diese temporäre Arbeitskraft darin bestehen würde, das Protokoll der Einwohnerratssitzung zu erstellen

Die Finanzkommission ist der Meinung, dass in einem ersten Schritt die technische Aufrüstung der Mikrofonanlage umgesetzt werden soll.

#### **Streichungsantrag:**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit von Fr. 10'400.00 "Entschädigungen für temp. Arbeitskräfte" unter Konto 011.308.00 zu streichen.

**Leo Scherer Kleiner:** Die Fraktion SP/WettiGrünen findet den Streichungsantrag sehr unklug. Wir sind der Meinung, dass ein minimaler Spielraum für eine gute Qualität des Ratsbetriebes, z.B. auch ein zeitgerechtes Protokoll, möglich sein soll. Dies ist offensichtlich jetzt nötig. Dies mit der veralteten technischen Anlage auszuspielen, hat nichts miteinander zu tun. Das Protokollschreiben wird auch dann viel Zeit benötigen, wenn die Anlage optimal ist. Ich habe überschlagsmässig folgendes ausgerechnet: bei 130 Stunden, geteilt durch 6 Sitzungen, ergibt dies Fr. 80.00/Stunde. Es ist klar, dass man für 2 bis 3stündige Verhandlungen diese Zeit benötigt, wenn man ein gutes Protokoll erstellen will. Ich habe dies selber auch schon gemacht, einstündige Gespräche in Schriftdeutsch umgesetzt und benötigte 1 bis 2 Tage. Lassen Sie bitte diesen Betrag stehen, damit wir weiterhin gute und rechtzeitige Protokolle erhalten.

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Der Gemeinderat hält an seinem Antrag fest. Teilweise geht es in die Richtung der Begründungen von Leo Scherer. Auf der anderen Seite sind wir der Meinung, dass die Fr. 10'000.00 gut investiertes Geld ist, zumal wir der Auffassung sind, dass diese Arbeit durch eine weniger teure Arbeitskraft gemacht werden kann. Letztlich ist dies auch etwas, das aus den Querschnittsaufgaben resultierte, dass nicht Daniela Betschart das Protokoll erstellen soll. Gerade der Querschnittsbereich und die Schnittstellen in der Kanzlei ist wohl am Anspruchsvollsten und Schwierigsten ist. Da wir die qualifizierte Kapazität dort brauchen, sind wir der Auffassung, dass dies gut investiertes Geld ist. Aufwand und Ertrag im Vergleich zu vielen anderen Budgetpositionen ist sicher sehr sinnvoll.

#### **Abstimmung**

Dem Antrag der Finanzkommission wird mit 33 : 11 zugestimmt.

#### **012.300.02 Voranschlagskredit "Kommissionen"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Es sind im Blick auf die neue Amtsperiode in Zusammenhang mit den Empfehlungen Bericht Querschnittsaufgaben Bereinigungen in der Anzahl und Grösse der Kommissionen vorgenommen worden. In nächster Zeit wird die Anzahl der Kommissionen höchstwahrscheinlich weiter reduziert.

#### **Streichungsantrag:**

Die Fiko beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 012.300.02 Kommissionen um Fr. 10'000.00 auf Fr. 30'000.00 zu reduzieren.

#### **Abstimmung**

Dem Antrag der Finanzkommission wird einstimmig zugestimmt.

**091.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte**

**Patrick Bürgi:** Ich stelle den Streichungsantrag im Konto 091.314.00 Gluri-Suter-Huus baulicher Unterhalt durch Dritte, in der Höhe von Fr. 93'000.00. In den gemeinderätlichen Erläuterungen zum Budget heisst es, dass die störungsanfällige und energieintensive alte Elektrospeicherheizung durch eine zeitgemässe Elektroheizung mit Infrarotwärmeelementen ersetzt werden soll. Ich erlaube mir, kurz ein Jahr zurückzublenden. Wir haben im letzten Jahr dieses Thema in der Finanzkommission bereits diskutiert. Wir haben auch dem Gemeinderat eine entsprechende Frage gestellt. Die Antwort lautete, dass die Heizungsanlage zurückgestellt werden kann, bis ein Konzept zur Umnutzung und Gesamterneuerung des Gluri-Suter-Huuses vorhanden ist. Das werde in den neuen Legislaturzielen festgelegt. Ich darf Joseph Wetzler zitieren aus der Einwohnerratssitzung vor einem Jahr: er sagte unter anderem: "Auch uns ist klar, dass diese Sanierung nicht gemacht werden kann, ohne Vorstellungen wie das Gluri-Suter-Huus zu betreiben ist. Wir erwarten vom Gemeinderat vor Erstellung des nächsten Budgets, dass er deutlich weiter vorangekommen ist." Es gab aus diesem Votum dann auch keinen Erhöhungsantrag im Rahmen der Einwohnerratsdebatte. Ich habe mich im Vorfeld zu heute etwas schlau gemacht und gesehen, dass der Gemeinderat heute nach meiner Meinung nicht weiter ist. Man weiss zwar, dass der Kindergarten im Moment dort bleiben soll, mindestens 3 bis 5 Jahre. Man weiss aber auch, dass man das Haus irgend einmal sanieren muss. Wenn man das ganze energietechnisch betrachtet, ist es gemäss einem von mir angefragten Heizungstechniker heute völlig unvorstellbar, heute ein Haus noch mit einer Elektroheizung auszurüsten. Dies aus 2 Gründen. Einerseits, weil beispielsweise heute Elektroboiler in einem neuen Haus nicht mehr installiert werden dürfen. Auch, weil in der neusten Energieverordnung Elektroheizungen schlichtweg verboten sind. Dann stelle ich mir schon die Frage, warum ausgerechnet die Gemeinde Wettingen das Gluri-Suter-Huus mit einer neuen Elektroheizung bestücken will. Das ist der eine Aspekt. Den anderen Aspekt finde ich noch viel zentraler. Wir investieren in die neue Beheizung des Hauses knapp Fr. 100'000.00. Erstens ist dieser Betrag für eine neue Heizung relativ viel und zweitens weiss man im heutigen Zeitpunkt nicht, was mit dem Gluri-Suter-Huus passieren soll. Auf jeden Fall liegt sicher kein Konzept über eine Umnutzung oder Gesamterneuerung des Gluri-Suter-Huuses vor. Meines Erachtens ist es nicht verantwortbar, heute Fr. 100'000.00 zu investieren ohne zu wissen, was passiert. Ich bin der Meinung, dass der Auftrag an den Gemeinderat von Joseph Wetzler aus dem letzten Jahr und welcher der Einwohnerrat stillschweigend unterstützt hat, muss erneuert werden. Es muss ein klares Zeichen gesetzt werden, dass man jetzt eine Erneuerung nicht vornimmt bis zur Vorlage des neuen Konzeptes. Dann kann der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen neuen neuen Antrag vorlegen. Dann wird es wahrscheinlich auch keine neue Elektroheizung sein, sondern etwas anderes.

*Eintreffen von Pius Benz und Marie Louise Reinert*

**Martin Egloff:** Auch ich habe mir überlegt, zu diesem Thema einen Antrag zu machen. Ich habe bewusst darauf verzichtet. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, kann man den Betrieb des Gluri-Suter-Huuses einstellen. Die jetzt eingebaute Heizung ist entweder viel zu kalt oder viel zu heiss und funktioniert nicht gut. Aussteller ziehen sich zurück und wollen nicht mehr ausstellen. Eine solche Infrarotheizung ist eine Elektrodirektheizung und ist nach geltendem Energiegesetz im Moment noch zugelassen. Es ist überhaupt nicht Nachhaltiges. Ich bin der Meinung, dass die Gemeinde Wettingen als Vorbild mit solchen Massnahmen ein falsches Zeichen setzt. Aber stimmen wir dem Antrag jetzt zu, kann der Betrieb eingestellt werden. Ich bin gegen diesen Antrag und schlage vor, dass man Abklärungen trifft, was mit dem Gluri-Suter-Huus kurz-, mittel- und langfristig geschieht. Danach kann ein Gesamtkonzept erstellt werden, beginnend bei der Gebäudehülle.

**Joseph Wetzel:** Ich möchte den Antrag von Patrick Bürgi unterstützen. Es ist ein weiteres Jahr vergangen, ohne dass etwas passiert ist. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

**Leo Scherer Kleiner:** Ich bin froh, wurde dieser Antrag gestellt. Eine Elektroheizung kann nicht in Frage kommen.

**Thomas Sigrist, Präsident Schulpflege:** Ich begreife die Voten. Ich möchte zu Bedenken geben, dass sich dort 2 voll besetzte Kindergärten befinden. Dort wird unterrichtet. Ich würde es sehr begrüßen, wenn man heute nicht auf den Antrag eintritt, so schnell wie möglich eine Lösung zu finden.

**Gemeinderat Daniel Huser:** Ich möchte Ergänzungen vornehmen. Einerseits wurde gesagt, dass man nicht weiss, wie das Haus in Zukunft genutzt werden soll. Vor einem Jahr war offen, was mit den Kindergärten und Ausstellungen passiert. Zwischenzeitlich hat sich der Gemeinderat intensiv damit auseinandergesetzt. Die Schulpflege hat auch festgelegt, dass der Kindergarten dort bleiben sollen. Auch die Ausstellungen sollen zukünftig weiter dort stattfinden. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass die nächsten 6 bis 8 Jahre am Standort für Kindergärten und Ausstellungen festgehalten werden soll. Aufgrund dessen ist man der Meinung, raschmöglichst eine Lösung finden, welche ein Ersatz der Heizung möglich macht. Die Heizung läuft noch, mit immer wiederkehrenden Korrekturen und Reparaturen. Zum Verbot: bei Neubauten sind Elektroheizungen verboten, bei bestehenden Bauten ist ein Ersatz der Heizung möglich. Wenn der Einwohnerrat der Meinung ist, dass zuerst die Gebäudehülle saniert und danach klärt, welche Heizung eingebaut wird, muss der Gemeinderat sich überlegen, was er die nächsten 10 bis 15 Jahre mit dem Gebäude machen will. Eine Investition mit Sanierung der Gebäudehülle und Brandschutzmassnahmen bedeutet einen grösseren Kredit. Dies würde heissen, dass man 1 Jahr Vorlaufzeit und 1 Jahr Umbauzeit hätte. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der vorliegende Antrag für den Ersatz der Elektroheizung im Moment im gesamten Kontext Zentrumsplatz und Unterdorf der richtige Ansatz ist und möchte am Ersatz der Elektroheizung festhalten.

**Werner Hartmann:** Es ist schwierig für mich. Die Argumente leuchten mir ein, dass es keinen Sinn macht. Andererseits hört man von einem Architekt, es braucht eine Heizung. Ich kann dies nicht entscheiden. Deshalb möchte ich beliebt machen, dem Antrag zu folgen und den Gemeinderat auffordert, an der nächsten Sitzung einen Kreditantrag zu stellen mit Alternativen weiterer Heizungen.

**Helen Suter:** Ich möchte das Votum von Werner Hartmann unterstützen. Soviel ich weiss, kann man die Heizung nicht noch ein Jahr so belassen. Eine Elektroheizung erscheint mir wirklich nicht sinnvoll.

**Daniel Frautschi:** Ich finde dies eine komische Diskussion. Wird die Heizung heute gestrichen, ist sie für dieses Jahr draussen.

**Gemeinderätin Antoinette Eckert:** Der Galeriebetrieb müsste nicht ganz eingestellt werden, sondern nur während der kalten Winterzeit. Im Winter ist die Situation nicht mehr haltbar. Sie müssen sich dies so vorstellen: Die Heizung funktioniert wie ein Dampfer. Ist sie im Schuss, dann läuft sie. Wird sie abgestellt, braucht sie wieder Zeit um anzulaufen. Haben wir eine Vernissage am Sonntag, muss man am Freitagabend kontrollieren, ob sie funktioniert. Samstag und Sonntag erfolgen weitere Kontrollen. Man kann nicht abschätzen, wie die Heizung reagiert, dies ist das Problem. Die Galerie kann weiter laufen, auch das Skriptorium, aber v.a. bei Papiersachen werden Ausstellungen prekär. Dann sagen auch die Künstler, sie könnten und wollten nicht ausstellen. Die Ausstellerqualität könnte darunter leiden.

**Gemeinderat Daniel Huser:** Das Gebäude ist jetzt mit einer Speicherheizung ausgerüstet. D.h. der Platz für eine Radiatorenheizung ist nicht vorbereitet. Die Nutzung des Gebäudes erfolgt unregelmässig an unterschiedlichen Tagen: Im Keller finden Ausstellungen am Wochenende statt, der Kindergarten wird teilweise nur am Morgen, teilweise den ganzen Tag genutzt. Mit einer Elektroheizung kann man am Flexibelsten reagieren, auch auf die künftige Nutzungen. Mit einer Bodenheizung ist dies gar nicht möglich. Deshalb sind wir der Meinung, dass man mit der Deckenheizung sofort und am Besten reagieren können, auch unter Berücksichtigung von künftigen Entwicklungen des Gebäudes. Zum Antrag Werner Hartmann: Auf die nächste Einwohnerratssitzung sollen konzeptionelle Überlegungen zu der künftigen Nutzung des Gebäude vorzubereiten, ist nicht möglich. Das Vorgehen eines solchen Projektes ist wie folgt: erst Raumbedarf festlegen, dann die Nutzung dem Einwohnerrat vorlegen, den Projektierungskredit beim Einwohnerrat einholen, danach den Baukredit. Dann sprechen wir nicht von Fr. 95'000.,00, sondern von einer Millionenzahl. Bei anderen Gebäuden macht dies sicher Sinn, zB. Schulhaus. Ich möchte einfach davor warnen zu meinen, dass an der nächsten Sitzung ein Kreditantrag vorliegt. Ich denke, dies wäre erst an der Juni-Sitzung nächstes Jahr möglich.

**Patrick Bürgi:** Danke für die positive Aufnahme meines Antrages. Alle Voten zeigen mir, dass kein Konzept für die Gesamterneuerung der Liegenschaft vorhanden ist. Ich bin der Meinung, dass man nicht Fr. 100'000.00 in eine Heizung investieren soll, die a) offensichtlich nicht mehr aktuell ist, b) bei Neubauten gar verboten ist und c) ohne Konzept investiert wird. Ich bin für die Streichung. Ich habe es nicht als Antrag verstanden, an der nächsten Einwohnerratssitzung einen Kredit vorzulegen, sondern die Aufforderung zur Bereitschaft für die Prüfung deponieren. Jetzt streichen und nicht realisieren. Wenn der Gemeinderat ein Gesamtkonzept vorlegt oder punktuell einen Antrag stellt, würde man erneut eine Prüfung vornehmen. Ich halte am Antrag fest.

**Werner Hartmann:** Mein Antrag war eher eine Aufforderung. Ich höre, dass ein Architekt Einwände hat. Dies gibt mir ein ungutes Gefühl, wenn ich diesen Budgetposten ablehne, obwohl eine Heizung gebraucht wird. Ich kann dies nicht entscheiden und ich denke, die meisten von Ihnen auch nicht. Ich möchte den Gemeinderat auffordern, sich zu überlegen, welche Übergangslösungen realisierbar wären. Es besteht durchwegs die Möglichkeit, an der nächsten Einwohnerratssitzung einen Antrag vorzulegen, welchen wir überdenken und überprüfen können. Es ist völlig normal, dass man sich im Parlamentsbetrieb diesen Anträgen stellt. Sonst hätten wir gar nichts mehr zu tun. Ich empfehle, dem Antrag von Patrick Bürgi zuzustimmen, damit in Ruhe Alternativen überlegt werden können.

### **Abstimmung**

Dem Antrag "Der Voranschlagskredit 091.314.00 sei um Fr. 95'000.00 zu reduzieren." von Patrick Bürgi wird mit 44 : 2 zugestimmt.

### **Reorganisation Archiv Gemeindeverwaltung 020.318.07**

**Martin Egloff:** An der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 2008 wurde unter dem Traktandum 7 die Kreditabrechnung von Fr. 100'132.15 für die Reorganisation des Archivs der Wettinger Gemeindeverwaltung behandelt. Es wurde damals betont, dass „sämtliche Verwaltungsabteilungen ihre jeweiligen Archive stets pflegen und auf dem aktuellsten Stand halten.“ Die Zuständigkeit für die Archivierung sollte beim Gemeindeschreiber sein und nach dem IDAG (Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen) weitergeführt werden. Nun sollen

neu unter Position 020.318.07 „Betreuung Gemeindearchiv“ jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 20'000.00 in den Voranschlag aufgenommen werden. Unsere Fraktion ist mit diesem Posten nicht einverstanden und beantragt die Streichung. Das Archiv soll wie im Mai 2009 vorgesehen von den jeweiligen Verwaltungsabteilungen geführt werden.

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Dieses Konto war auch in der Finanzkommission ein Thema. Wir gingen schlussendlich davon aus, dass die Reorganisation Querschnittsaufgaben eine Entlastung und Verschiebung der Arbeit in der Verwaltung bringen wird. Diese Arbeiten sind noch in den Anfängen. Das Archiv ist im Moment in einem sehr guten und aufgeräumten Zustand. Es soll jetzt sich noch während einem Jahr fremdbetreut werden. Nach Abschluss der Reorganisation der Verwaltung erwarten auch wir, dass in einem Jahr die Betreuung der Archivarbeiten von den einzelnen Verwaltungsabteilungen übernommen werden. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass Sie heute auf die Streichung verzichten.

**Gemeindeammann Dr Markus Dieth:** Der Gemeinderat haltet an seinem Antrag fest. Wir haben auch schon früher mehrmals an Einwohnerratssitzungen die Archivierung angesprochen. Wir haben dies intensiv auf Vorbereitung des Budgets besprochen. In Anbetracht der Grösse unserer Verwaltung muss die Archivierung mit der notwendigen Kapazität, einer Regelmässigkeit und dem Fachwissen betrieben werden. Es ist gefährlich, dies mit den Querschnittsaufgaben zu mischen. Es heisst nicht, dass der Gemeindegemeinschafter nach Umsetzung der Querschnittsaufgaben nichts mehr zu tun hat. Vergessen Sie nicht, welche Grösse unsere Verwaltung hat und wie gross der Arbeitsanfall ist. Die Aufräumung dazumal des Archivs hat nur die Kanzlei betroffen. Die ganze Verwaltung hat archivwürdiges Material. Das IDAG hat uns weitere Vorschriften beschert. Wir sind der Auffassung, dass die Verhältnismässigkeit gegeben ist und die wertvollen Akten der Gemeinde dies rechtfertigen, auch für die Sicherstellung für die Nachwelt. Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen.

**Urs Blickenstorfer, Gemeindegemeinschafter:** Wie Sie sich erinnern mögen, wurde im Traktandenbericht zur Kreditabrechnung auch erwähnt, dass selbstverständlich trotz der meiner Verantwortung nicht ausgeschlossen sein wird, allenfalls zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. In der Vergangenheit haben sich 2 Vereine aufgelöst. Mittlerweile haben auch andere Verwaltungsbereiche bzw. dem Gemeinderat nahe Kommissionen gefunden, sie hätten eigene Archivbestände, welche gesichtet werden sollten. Die Akten wurden bei mir im Büro deponiert. Das Archiv ist auch in diesem Bereich weiterzupflegen. Wir haben mit Vormundschaft, Einbürgerungen und andere Fachdisziplinen, nicht zuletzt im Baubereich, etc. weitere Teilgebiete, die aufgeräumt und weitergepflegt werden müssen. Wenn wir Ihnen beantragen, eine spezialisierte Firma im Aufwandsverhältnis mit einem Kostendach zu beschäftigen, hat das diesen Hintergrund, dass diese Firma sozusagen auf Sekunde und Knopfdruck in der Lage ist, etwas aufzuräumen. Wir haben sicher den grösseren Aufwand, da wir dies nicht tagtäglich tun. Deshalb wurde Ihnen beliebt gemacht, uns diese Mittel zur Verfügung zu stellen, um ein Weiterpflegen sicherzustellen. Wir werden laufend Datenbestände übertragen, die zuerst gesichtet, dann archivtauglich gemacht und verräumt werden müssen. Dies benötigt etwas mehr Zeit, als wir aufbringen können. Ich wäre Ihnen dankbar, Sie würden den Streichungsantrag ablehnen.

### **Abstimmung**

Der Antrag von Martin Egloff wird mit 12 : 27, bei 7 Enthaltungen, abgelehnt.

## 1. Öffentliche Sicherheit

### 110.316.01 Voranschlagskredit "Leasing Polizeifahrzeug"

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Dieser Antrag steht in direktem Zusammenhang mit 110.315.02. Ich möchte zuerst auf 110.316.01 eingehen. Abklärungen in anderen Polizeikorps haben ergeben, dass bei ähnlichen Fahrzeugarten und Einsatzbedingungen die Fahrzeuge nach 10 bis 12 Jahren und einer Kilometerleistung von 250'000 bis 400'000 km ersetzt werden. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass das Fahrzeug mit einer Einsatzdauer von noch nicht 4 Jahren nicht ersetzt werden darf. Weiter wird in den nächsten Jahren mit der Zusammenarbeit anderer Gemeinden gerechnet. Eine generelle Fahrzeugflottenüberarbeitung wird nötig sein.

#### **Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Voranschlagskredit 110.316.01 „Leasing Polizeifahrzeug“ von Fr. 12'000.00 zu streichen.

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Der Gemeinderat ist einverstanden.

#### **Abstimmung**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

### 110.315.02/4 Voranschlagskredit "Fahrzeugunterhalt"

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Durch die vorgängig behandelte Nichtanschaffung des Polizeifahrzeuges ist der Unterhalt des bestehenden Fahrzeuges anzupassen.

#### **Erhöhungsantrag**

Die Service- und Unterhaltskosten für das bestehende Polizeifahrzeug sind um Fr. 6'000.00 (Service, Unterhalt) auf Fr. 47'200.00 zu erhöhen.

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Der Gemeinderat ist nicht einverstanden. Wir halten am ursprünglichen Antrag fest, bevor das Fahrzeug hätte ersetzt werden sollen, nämlich Fr. 7'000.00 für den Fahrzeugunterhalt. Zudem müsste die seitliche Bemalung erneuert werden, was zusätzliche Kosten von Fr. 2'500.00 ausmacht. Total müsste der Betrag also um Fr. 9'500.00 erhöht werden.

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Die Finanzkommission hält an ihrem Antrag fest.

**Markus Maibach:** Der Antrag des Gemeinderates ist ja nicht ursprünglich. Es hat ja keinen. Habe ich das richtig verstanden, es ist neu um Fr. 9'500.00 anstatt um Fr. 6'000.00 zu erhöhen? Diesen Antrag kennen wir nicht. Ich nehme an, dieses Geld braucht es. Dann leuchtet mir der Streichungsantrag der Finanzkommission nicht ein und ich muss den Vorschlag des Gemeinderates unterstützen.

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Ich habe eine Erklärung dazu. Das Leasing läuft gemäss unseren Informationen bis Mitte Jahr. Bis Mitte Jahr sind die

Unterhaltskosten dieses Fahrzeuges im Leasing enthalten. Wir gehen davon aus, dass ab Mitte Jahr der Unterhalt dieses Fahrzeuges nicht mehr im Leasing inbegriffen sind, die Fr. 6'000.00 genügen. So wie wir es verstehen, sind die Unterhaltskosten für ein halbes Jahr. Die Berechnungen haben ergeben, dass Fr. 7'500.00 für ein halbes Jahr auch für einen BMW etwas viel sind.

**Werner Hartmann:** Ich schlage einen Kompromiss vor. Die Budgetposition sei um Fr. 7'500.00 zu erhöhen.

**Präsident Beat Brunner:** Ich schlage folgendes Abstimmungsprozedere vor: ich stelle den Antrag der Finanzkommission um Erhöhung um Fr. 6'000.00 dem Antrag des Gemeinderates um Erhöhung um Fr. 9'500.00 gegenüber.

**Patrick Bürgi:** Es gibt zum heutigen Zeitpunkt keine Möglichkeit, dass der Gemeinderat Antrag stellen kann. Es gibt den Antrag von Werner Hartmann auf Fr. 7'500.00 und den Antrag Finanzkommission Fr. 6'000.00. Sonst müsste jemand aus dem Rat den Antrag auf Fr. 9'500.00 stellen. Ich mache es nicht.

**Werner Hartmann:** Ich ziehe meinen Antrag zurück.

**Holger Czerwenka:** Ich stelle den Antrag auf Erhöhung um Fr. 9'500.00. Ich nehme den Wortlaut von Gemeindeammann Dr. Markus Dieth auf.

#### **Abstimmung Ausmarchung**

Der Antrag der Finanzkommission auf Erhöhung um Fr. 6'000.00 erhält 36 Stimmen.

Der Antrag von Holger um Erhöhung um Fr. 9'500.00 erhält 9 Stimmen.

Somit obsiegt der Antrag der Finanzkommission.

#### **Schlussabstimmung:**

Dem Antrag der Finanzkommission um Erhöhung des Kontos 110.315.02/4 um Fr. 6'000.00 wird einstimmig zugestimmt.

#### **140.311.01 Voranschlagskredit "Anschaffungen von Geräten und Ausrüstungen"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Die Fiko hat unter anderem die Aufgabe bei den einzelnen Budgetpositionen Wünschenswertes von Notwendigem zu unterscheiden. Die Fiko ist mehrheitlich der Ansicht den Voranschlagskredit ohne Einschränkung der Feuerwehraufgaben um wünschenswerte Positionen zu kürzen. Es ist uns bewusst, dass betriebsnotwendigen Ersatzbeschaffungen eventuelle Budgetüberschreitungen mit sich ziehen können.

#### **Streichungsantrag.**

Die Fiko beantragt dem ER den Voranschlagskredit 140.311.01 „Anschaffung von Geräten und Ausrüstungen“ um Fr. 25'000.00 auf Fr. 134'250.00 zu reduzieren.

**Gemeinderat Roland Kuster:** Der Gemeinderat macht Ihnen beliebt, den Kürzungsantrag nicht zu unterstützen. Die Feuerwehr hat dem Gemeinderat ein Budget vorgelegt, bei welchem sie intensivst diskutiert hat, welche Themen unter dieser

Sammelposition entscheidend notwendig sind. In dieser Sammelposition sind Materialien eingerechnet wie Schläuche, Handschuhe etc., welche im Rahmen von Einsatz oder Übung kaputt gehen könnten. Wir haben im Budget gleichzeitig einen gewissen Paradigmawechsel in Bezug auf Strategie von Einsatz und Bereitstellung von Material bereits mit eingerechnet. Auf der einen Seite gibt es einen mobilen Lüfter (im Rahmen von Fr. 50'000.00 bis Fr. 60'000.00), welcher in den vergangenen Budgets nicht in dieser Grössenordnung enthalten waren. Dies macht dann auch die leichte Erhöhung im Vergleich zu den letzten Budgets aus. Auf der anderen Seite der Paradigmawechsel im Rahmen der Bereitstellung des Materials. Das sind gewisse Container, welche man jetzt kontinuierlich anschaffen möchte. Wir haben dieses Jahr damit begonnen und möchten 2011 damit weiterfahren. Das führt dazu, dass wir eine andere Fahrzeugdisposition haben werden in den kommenden Jahren. Damit müssen wir nicht mehr telquel die Fahrzeuge ersetzen, was einen ganz anderen Betrag zur Folge hätte. Wir bitten Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Nach weiterem Überdenken der Thematik sind wir der Auffassung, dass wir Fr. 5'000.00 streichen könnten, Fr. 10'000.00 noch vertretbar wären. Der Gemeinderat schlägt Ihnen also eine Reduktion um Fr. 10'000.00 vor, nicht Fr. 25'000.00.

**Patrick Bürgi:** Ich stelle den Antrag, die Position 140.311.01 um Fr. 10'000.00 zu reduzieren. Wir haben das Gefühl, dies sei glaubhaft und können die Argumentation nachvollziehen.

### **Abstimmung Ausmarchung**

Der Antrag der Finanzkommission um Streichung um Fr. 25'000 erhält 10 Stimmen.

Der Antrag von Patrick Bürgi um Streichung um Fr. 10'000.00 erhält 36 Stimmen.

Somit obsiegt der Antrag von Patrick Bürgi

### **Schlussabstimmung**

Dem Antrag von Patrick Bürgi um Reduktion des Kontos 140.311.01 um Fr. 10'000.00 wird mit 41 : 1, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

### **110.311.01 Anschaffungen von Mobilien**

**Edy Breuss:** Es betrifft die Schusswaffen. In den Erläuterungen steht: „Die Schusswaffen sind 12 Jahre alt und weisen Betriebs- und Ladestörungen auf und müssen daher ersetzt werden.“ Ich finde dies eine sehr kurze Lebenszeit für Waffen. Wir stellen den Antrag, den Voranschlagskredit 110.311.01 „Anschaffung von Mobilien“ ist um Fr. 12'000.00 auf Fr. 21'000.00 zu reduzieren.

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Ich bitte Sie, diesen Hüftschuss abzulehnen. Wir haben intensiv abgeklärt, welche Schusswaffen es braucht. Ich bin überrascht, dass dieser Antrag einfach so in den Raum gestellt wird. Die Schusswaffen sind 12 Jahre alt. Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen. Wir können nicht eine starke Polizei, eine Regionalpolizei verlangen und solche Anträge stellen. Wir wollen weiterhin die Dienstleistungen erbringen. Bei der SVP geniesst das Thema Sicherheit sonst ein hohes Ansehen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

**Edy Breuss:** Ich habe mir Zeit genommen und Abklärungen vorgenommen. Ich habe dem Vizechef der Gemeindepolizei einige Fragen gestellt. Wieviele Schüsse werden

geschossen? 4 Übungen à 250 Schüsse. Dies finde ich wenig. Von 250 Schuss gehen 150 gut raus, der Rest ist nichts. Ich war 30 Jahre lang Schütze, 50 m und 25 m. Ich verstehe etwas davon. Die Waffe wird 4 mal gebraucht, sonst nicht. Ich habe das Gefühl, dass nicht alle mit den neuen Waffen ausgerüstet werden müssen. Wir haben Polizisten, die langsam ins Rentenalter kommen. Sie könnten noch mit der alten Waffe weiterschiessen. Wir wollen nicht streichen, sondern nicht in der geforderten Anzahl liefern.

### **Abstimmung**

Der Antrag wird mit 8 : 36 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

## **2. Bildung**

### **Kindergärten**

#### **200.310.00/13 Voranschlagskredit "Schulmaterial, Spielzeuge, Drucksachen"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Der Betrag von Fr. 7'200.00 soll eine Vereinheitlichung der persönlichen Farbstifte in den Kindergärten ermöglichen. Unsere Abklärungen haben ergeben, dass mit den bestehenden Farbstiften die Qualität des Unterrichtes und der gezeichneten Sachen nicht beeinträchtigt wird.

### **Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit um Fr. 7'200.00 (pers. Farbstiftschachtel) auf Fr. 67'800.00 zu reduzieren.

**Marie Louise Reinert:** Ich möchte den Rat bitten, die Anschaffung in der Kompetenz der Kindergartenschulleitungen zu überlassen. Der Antrag ist wohl überlegt.

### **Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 32 : 13, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

#### **200.314.00/16/21/24 Der Voranschlagskredit "Baulicher Unterhalt durch Dritte"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** An der Mattenstrasse sollen in beiden Kindergärten Einbauküchen analog der übrigen Kindergärten installiert werden.

Ferner genügt die vorhandene Beleuchtung der Kindergärten Mattenstrasse und Langenstein den heutigen Anforderungen nicht mehr und muss ersetzt werden

Die Finanzkommission ist nach Detailabklärungen der Meinung, dass diese Budgetpositionen ohne Einfluss auf die Tauglichkeit der Infrastruktur reduziert werden können.

### **Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagkredit 200.314.00 „Baulicher Unterhalt durch Dritte“ um Fr. 11'500.00 auf Fr. 180'200.00 zu reduzieren.

**Gemeinderat Daniel Huser:** Der Gemeinderat hat den Kürzungsantrag geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass er mit preiswerteren Angeboten bei den Kücheneinbauten und der Beleuchtung und bei der Wahl von einfachen Apparaten sowie der Wahl von kostengünstigen Materialien mit der Kürzung leben kann. Er ist einverstanden.

### **Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 35 : 5, bei 6 Enthaltungen, zugestimmt.

### **Musikschule**

#### **212.311.01/2 „Anschaffung von Mobilien“**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Das vorhandene Mobiliar im Schulleitungsbüro, im Sekretariat und im Lehrerzimmer stammt noch aus den Anfangszeiten der Musikschule. Die Musikschule wird ihren Standort in nächster Zeit für die Zukunft festlegen. Die Finanzkommission ist der Ansicht, mit der Beschaffung von Einrichtungen zuzuwarten, bis geklärt ist, wie es mit dem Standort der Musikschule in den nächsten Jahren weiter geht.

### **Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 212.311.01 „Anschaffung von Mobilien“ Fr. 25'700.00 zu streichen

**Helen Suter:** Auch wenn die Musikschule nicht so lange im Gebäude bleibt, brauchen sie gute Möbel. Meines Wissens existiert noch kein Plan für den Bau einer neuen Musikschule. Wir wissen nicht wie lange noch im jetzigen Gebäude und wie das Mietverhältnis in Zukunft aussieht. Ich möchte Ihnen beliebt machen, den Antrag nicht anzunehmen.

**Markus Maibach:** Wir werden den Streichungsantrag ablehnen. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Anschaffung von Mobilien und einem Umzugsakt. Es ist ein typischer Fall, dass wichtige Investition hinausgeschoben wird mit einem Argument ohne Zusammenhang.

**Vizeammann Heiner Studer:** Ich kämpfe aus folgenden Gründen: Der langjährige Mietvertrag dauert bis 30. September 2013. Wir haben im Bericht Schulraumplanung gesagt, dass wir andere Varianten prüfen oder bleiben. Wir haben auch schon früher geprüft, ob das Gebäude gekauft werden soll. Es ist unverhältnismässig. Das Mietverhältnis ist aber gut. Im Zentrum dieses Antrages steht das Schulleitungszimmer. Wer dieses betritt, sieht, dass das Schulleitungszimmer klein ist. Anfänglich ging man davon aus, dass 1 Person dieses nutzt. Nach den ersten paar Jahren Erfahrung wurde das Pensum aufgeteilt in pädagogische und administrative Leitung. Die Möbel wurden bereits vorher in Bezirksschule für die Musikschulleitung in einem Schulzimmer benutzt. Diese wurden also mitgezügelt. Unsere Leitung macht sehr gute Arbeit und wehrt sich nicht für persönliche Dinge. Der Ersatz des Mobiliars ist aus Sicht der Musikschulkommission nötig, nicht nur sinnvoll. Offenbar hat niemand vom Rat die Möbel besichtigt. Ich glaube, dass die Mehrheit des Rates zustimmen würde, dass eine Schulleitung optimalere Verhältnisse benötigt. Der Gemeinderat garantiert Ihnen, dass diese Möbel über den 1. Oktober 2013 in Gebrauch bleiben, ob an diesem Ort oder an einem anderen.

## Abstimmung

Dem Antrag wird mit 27 : 17, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.

## Schulanlage Dorf

### 213.311.00/2 Der Voranschlagskredit "Anschaffungen von Mobilien"

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Es handelt sich bei dieser Position um einen erweiterten seitlichen Wetterschutz des Lehrer-Fahrradunterstandes. Mit dieser Massnahme wäre der Unterstand auf drei Seiten gegen Witterungseinflüsse geschützt. Die vierte Seite wird höchstwahrscheinlich in einem weiteren Schritt in einem kommenden Budget erscheinen. Bereits heute sind die Fahrräder gegen Vandalismus genügend geschützt und an einem separaten Ort. Die Finanzkommission erachtet einen zusätzlichen Wetterschutz für nicht nötig.

## Streichungsantrag

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 213.311.00 „Anschaffung von Mobilien“ um Fr. 3'300.00 (Wetterschutz Lehrerfahrradunterstand) auf Fr. 19'100.00 zu reduzieren.

**Werner Hartmann:** Ich habe mich bei den Abstimmungen enthalten. Dies nicht, weil ich mich nicht entscheiden könnte. Ich bin der Ansicht, wenn man ein Unternehmen führt, das Fr. 50 Mio. im Jahr ausgibt, man an der Generalversammlung nicht über so kleine Beträge wie Fr. 3'000.00 diskutieren muss, sonst geht das Unternehmen bald Konkurs. Deshalb enthalte ich mich auch bei diesem Antrag der Stimme. Ich fordere Sie auf, sich der Stimmen zu enthalten. Ich würde mich freuen, wenn Sie zum Ausdruck bringen würden, dass wir bis zu einer bestimmten Grenze, z.B. Fr. 10'000.00, nicht diskutieren, sondern dies dem Gemeinderat überlassen. Ich bin der Meinung, wir müssten uns über grössere Sachen unterhalten.

**Gemeinderat Daniel Huser:** Der Gemeinderat hält am Antrag fest.

**Marie-Louise Reinert:** Mir ist es nicht gleich. Die Sachen, die wir zuvor abgestimmt habe, ist auch Standortförderung oder Imagepflege der Gemeinde. Oder es wäre.

## Abstimmung

Dem Antrag wird mit 28 : 15, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

## Schulanlage Altenburg

### 214.314.00 /88 Voranschlagskredit "Baulicher Unterhalt durch Dritte" Beameranlage

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Leider wurde bei der Beschaffung einer Beameranlage vergessen, diese mit einer Musikanlage zu kombinieren. Ein Beamer ohne Ton macht in einer Schule keinen Sinn. Nach Abklärungen ist die Finanzkommission der Meinung, diese Aufrüstung sei mit einem Aufwand von Fr. 5'000.00 zu bewerkstelligen.

**Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 214.314.00/88 (Ergänzung Beameranlage mit Musikanlage) um Fr. 4'000.00 auf Fr. 197'400.00 zu reduzieren.

**Gemeinderat Daniel Huser:** Der Gemeinderat hält am Antrag fest.

**Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 27 : 19 Stimmen zugestimmt.

**Werner Hartmann:** Zu diesem Antrag kann ich eine kompetente Aussage machen. Ich habe mich damit auseinandergesetzt, ich habe dieses Thema eingebracht. Deshalb habe ich meine Stimme abgegeben.

**214.314.00/91 Voranschlagskredit "Baulicher Unterhalt durch Dritte" Lüftungsanlage**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Nach Rücksprache mit der Abteilung Bau und Planung, musste gemäss Aufforderung des Kantons die Lüftungsanlage bereits im Jahr 2010 eingebaut werden. Diese wird in der Rechnung 2010 erscheinen.

**Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 214.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte“ um Fr. 21'000.00 (Einbau Lüftungsanlage) auf Fr. 176'400.00 zu reduzieren.

**Abstimmung**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**Schulanlage Margeläcker****215.311.00/2 Voranschlagskredit "Anschaffung von Mobilien" Lehrtische**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:**Die Tischblätter der Lehrerpulte wurden durch die Finanzkommission beim Budgetrundgang der Schule begutachtet. Sie sind nicht mehr neuwertig und einigen Tischen ist es anzusehen, dass die Benutzer der Lehrerpulte nicht mit der nötigen Sorgfalt umgegangen sind. Die Funktion der Tische ist aber nach wie vor nicht eingeschränkt.

**Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 215.311.00/02 um Fr. 5'100.00 (Erneuerung Tischblätter Lehrer) auf Fr. 91'350.00 zu reduzieren.

### Abstimmung

Dem Antrag wird mit 31 : 13, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.

#### **215.314.00 29/32 Voranschlagskredit "Baulicher Unterhalt durch Dritte" Neubau Fahrradunterstand**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Unter der Position 215.314.00/29 ist der Ersatz der Verbund-Sicherheits-Glas (VSG) Bedachung durch Polycarbonatplatten beim bestehenden Velounterstand budgetiert. Für den Neubau des zusätzlichen Unterstandes wurde wieder ein Dach aus VSG geplant. Wenn der bestehende Unterstand mit Polycarbonplatten saniert wird, macht es keinen Sinn, den Neubau wieder mit VSG-Platten einzudecken.

### Streichungsantrag

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 215.314.00/32 um Fr. 10'000.00 (Neubau Fahrradunterstand) auf Fr. 169'600.00 zu reduzieren.

**Gemeinderat Daniel Huser:** Der Gemeinderat kann sich mit der Anpassung des Produktes und somit mit der Kürzung einverstanden erklären. Allenfalls ist mit einem früheren Ersatz zu rechnen.

### Abstimmung

Dem Antrag wird mit 38 : 2, bei 6 Enthaltungen, zugestimmt.

#### **Volksschule, Übriges**

#### **216.314.00/36 Voranschlagskredit "Baulicher Unterhalt durch Dritte" Ergänzung Backöfen**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Anlässlich des Budgettrudgangs Schulen wurde von einem Ersatz der bestehenden Backöfen gesprochen. Diesem hat die Fiko sicher nichts zu entgegnen. Zusätzliche Öfen standen zu diesem Zeitpunkt nicht zur Diskussion.

### Streichungsantrag

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 216.314.00/36 um Fr. 9'600.00 (Ergänzung Backöfen) auf Fr. 86'000.00 zu reduzieren.

**Kirsten Ernst:** Es geht um einen Kombi-Steamer. Diese bieten die Möglichkeit, die Kinder korrekt in die Anwendung dieser neuen Technologie einzuführen. Dies ist gerade aus gesundheitlicher Sicht heute sehr wichtig. Die Schule ist auf den Kombi-Steamer angewiesen, weil die Klassen in den letzten Jahren grösser geworden sind. Deshalb sind wir gegen den Antrag der Finanzkommission und bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

**Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 25 : 17, bei 4 Enthaltungen, wird zugestimmt.

**219.365.02 Voranschlagskredit "Beitrag Verein Tagesstrukturen"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Das Schuljahr 2009/2010 weist gegenüber dem letzten Schuljahr gemäss Informationen der verantwortlichen Personen, rückläufige Zahlen aus.

Im Jahr 2011/2012 fällt die Anschubfinanzierung (Fr. 40'000.00) des Bundes weg. Wenn wir davon ausgehen, dass sich das Defizit in der Grössenordnung von Fr. 151'000.00 bewegt, muss für das Budget 2011 ein Betrag von Fr. 191'000.00 bereit gestellt werden.

**Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 219.365.02 (Beitrag Verein Tagesstrukturen um Fr. 50'000.00 auf Fr. 200'000.00 zu reduzieren.

**Vizeamann Heiner Studer:** Ich möchte hier eine Begründung abgeben, weshalb wir uns dem Antrag der Finanzkommission nach der Prüfung der aktuellen Lage anschliessen. Die Budgetierung geschieht aufgrund des Budgets des Vereins Tagesstrukturen. Bereits in diesem Rechnungsjahr wird die Anstossfinanzierung des Bundes nicht mehr bezahlt. In der Zwischenzeit liegt die Rechnung für das Rechnungsjahr, welches am 31. Juli endet, vor. Sie ist revidiert. Wir stellen fest, dass das Defizit im Rechnungsjahr 2009/2010 gut Fr. 241'000.00 ausmacht. Es ist zu erwarten, dass der Kanton 20 % daran bezahlt. Wir stellen fest, dass auch bei auslaufender Anstossfinanzierung und gleichbleibendem Defizit, die Fr. 200'000 genügen werden. Deshalb schliessen wir uns dem Antrag der Finanzkommission an.

**Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 45 : 0, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

**228.314.00/87 Der Voranschlagskredit "Unterhalt und Rep. immobile Sachanlage"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Es handelt sich bei dieser Budgetposition um eine Info-Tafel im Zugangsbereich der HPS. Die Abklärungen der Finanzkommission haben ergeben, dass es sich bei diesem Budgetposten um etwas Wünschenswertes und nicht um etwas Nötiges handelt.

**Streichungsantrag:**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit um Fr. 9'000.00 (Infotafel bei Haupteingang) auf Fr. 156'600.00 zu reduzieren.

**Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 30 : 6, bei 10 Enthaltungen, zugestimmt.

**228.314.00/99 "Unterhalt und Rep. immobile Sachanlage" neuer Containerstandort**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Nach Abklärungen der Finanzkommission ist der Containerplatz bereits erstellt.

**Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 228.314.00/99 um Fr. 9'900.00 (neuer Containerstandort) auf Fr. 146'700.00 zu reduzieren.

**Patrick Bürgi:** Ich bin mit dem Streichungsantrag einverstanden. Aber nicht damit, dass es heisst, der Containerunterstand sei bereits neu geschaffen worden. Ich bin der Meinung, dass die *Finanzkommission* vor gut 2 Jahren eine Nachhilfesession gemacht hat, was bezüglich Dringlichkeiten und Notwendigkeiten einfach so während dem Jahr ohne Budgetierung angeschafft oder investiert werden kann. Ich sehe bis jetzt noch keine Dringlichkeit der Investition und möchte eine Aussage des Gemeinderates, weshalb dies ausserhalb des Budgets gemacht wurde.

**Gemeinderat Daniel Huser:** Ich werde dies abklären und werde die Antwort dem Protokoll anfügen.

*Antwort:* Der Grund für den Bau eines neuen Containerstandorts war der, dass die drei Container bis anhin im gedeckten Bereich des unteren Pausenplatzes gestanden sind, wo sie einerseits den vielen Schülern bei regnerischem Wetter den Aufenthalt im Freien streitig gemacht haben und andererseits den Aufenthalt wegen der Geruchsemissionen als ungemütlich erleben liessen.

*Nun wurde diesen Sommer wegen der vielen Schüler eine zwar nicht schöne aber doch pragmatische Lösung im Betrag von ca. Fr. 300.00 umgesetzt: Die Container stehen auf der Verbundsteinfläche beim Lehrerfahrradunterstand.*

**Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 39 : 1, bei 6 Enthaltungen, zugestimmt.

**228.380.01 Voranschlagskredit "Ertragsüberschuss"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Da es sich bei der HPS um einen Eigenwirtschaftsbetrieb handelt, schlage ich vor, gleich den Ausgleich vorzunehmen. Das Konto 228.380.01 ist um Fr. 18'900.00 (Ausgleich Eigenwirtschaftsbetrieb HPS) auf Fr. 535'394.00 zu erhöhen.

**Abstimmung**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**3. Kultur, Freizeit**

keine Voten

#### 4. Gesundheit

##### **440.365.01 Der Voranschlagskredit "Gemeindebeitrag Spitex"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Für 2009 wurden Fr. 840'000.00 budgetiert und Fr. 675'964.00 abgerechnet. Die Spitex selber budgetiert für 2010 Fr. 765'000.00. Im Gemeindebudget 2010 wurden Fr. 855'000.00 aufgeführt. Weiter müsste aufgrund der konsequenten Abgabe der Haushalteinsätze in stabilen Situationen an die Pro Senectute (440.365.08) eine Reduktion der Stunden resultieren. Der Finanzkommission ist bewusst, dass wir diese Aufwendungen nicht beeinflussen können. Trotzdem ist für uns die Aussage „es kommt, wie's kommt“ in einem Budget-Prozess befremdend.

##### **Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 440.365.01 (Gemeindebeitrag Spitex) um Fr. 76'500.00 auf zu erwartende Fr. 733'500.00 zu reduzieren.

**Esther Elsener Konezciny:** Die Leistungen der Spitex unterliegen der Leistungsvereinbarung und sind ein gesetzlicher Auftrag. Bereits dieses Jahr wurden mehr Stunden als angenommen geleistet. Bereits im Juni wurde dies an den Gemeinderat kommuniziert. Gemäss Information der Spitexleitung wurden per Ende September 2010 bereits 20 % mehr Arbeitsstunden als im Vergleich zu letztem Jahr geleistet. Aus dieser Hochrechnung wurde ersichtlich, dass man mit rund 18'000 Stunden rechnen kann. Dies sind 1'000 Stunden mehr als für 2010 budgetiert. Dieser Trend wird sich im 2011 weiterfortsetzen. Es hat auch damit zu tun, dass aus demografischen Entwicklungen immer mehr Personen gibt, die diese Leistungen brauchen, dass aber auch immer mehr Leute früher aus Spital entlassen werden und kurzfristig Pflege benötigen und auch immer mehr psychisch Erkrankte sind zu Hause auf Pflege angewiesen. Eine Kürzung macht in unseren Augen keinen Sinn. Denn die Leistungsvereinbarungen sind massgeblich für die Bezahlung der geleisteten Stunden. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag nicht zuzustimmen.

**Holger Czerwenka:** Ich spreche als Einwohnerrat und als Vertreter des Vorstandes Spitex. „Es kommt, wie's kommt“ möchte ich vehement widerlegen. In einem Budgetprozess wird das Budget in sehr akribischer Arbeit erarbeitet. Der Budgetprozess kommt nicht einfach so. Es ist eine grosse Arbeit. Abschätzungen der Leistungen werden erbracht. Erbrachte Leistung muss auch bezahlt werden. Die Gemeinde hat eine Leistungsvereinbarung mit der Spitex. Sie können dies nun streichen, aber der Betrag wird im nächsten Jahr oben drauf gezahlt. Im Sinne der Transparenz sehe ich eine Streichung als Illusion. Die GV der Spitex findet im April/Mai statt. Das Budget wird im Februar/März erstellt für das kommende Jahr. Wir machen praktisch eine 2 Jahresplanung. Eine Annahme zu treffen ist sehr schwierig. „Es kommt, wie's kommt“ möchte ich nicht stehen lassen.

**Paul Koller:** „Es kommt, wie's kommt“ ist absolut nicht auf den Budgetprozess der Spitex bezogen. Ich schätze die Arbeit der Spitex sehr. Ich habe einen Schwiegervater, der im Rollstuhl sitzt und weiss, was die Spitex leistet. Es geht mir nicht darum, die Leistungen der Spitex zu schmälern. Wenn wir Fragen stellen an die verantwortlichen Personen und Gemeinderäte möchten wir von der Finanzkommission verhindern, dass die Antwort kommt „Es kommt, wie's kommt“. Ich bin der Meinung, dass dies nicht die Begründung des Gemeinderates sein kann.

**Christian Wassmer:** Ich möchte auch sagen, dass ich nicht gegen die Spitex bin, sondern die Spitex sehr schätze. Ich möchte nur ein paar Zahlen anfügen. Genau gleich, wie ich nicht Gegner des Vereins Tagesstrukturen bin, obwohl mir dies ab und zu angelastet wurde. Aber wir haben gesehen, dass Fr. 200'000.00 genügen und sie auch im nächsten Jahr genügen werden. Esther Elsener hat die Kostensteigerung erwähnt. Wir haben nachgefragt, wie sich die Zahlen entwickeln. Wir haben ganz andere Informationen erhalten. Im Jahr 2008 hatten wir bis 31. August knapp 12'000 Stunden geleistet. Am Ende resultierten Fr. 676'000.00 in der Rechnung. Im Jahr 2009 gab es einen Rückgang. Es waren noch gut 10'000 Stunden, in der Rechnung resultierten Fr. 662'000.00. Jetzt im Jahr 2010 hatten wir 12'014 Stunden, also etwa 50 mehr als im Jahr 2008. Es ist für mich schleierhaft, die massive Steigerung nachzuvollziehen aufgrund der Aussagen des Vereins Spitex. Die erste Budgeteingabe aufgrund eines simplen Briefes waren Fr. 733'500.00 der Spitex. Eine Anregung: es würde Sinn machen, wenn eine Zusammenstellung beiliegend wäre, um die Zahlen nachvollziehen zu können. Im Brief stand: „Aufgrund der zu erwartenden Steigerung erwarten wir Fr. 810'000.00.“ Dies ist für mich absolut nicht nachvollziehbar aufgrund der erhaltenen Zahlen. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission zu unterstützen für ein realistisches Budget. Fr. 733'000.00 sind doch eine Steigerung von Fr. 70'000.00, gut 10 % gegenüber dem Vorjahr. Wenn es dann doch mehr Leistungen sind, ist mir klar, dass wir diese bezahlen. Das Risiko aber ist sehr klein.

**Gemeinderätin Yvonne Feri:** Ich nehme an, Paul Koller hat mich zitiert mit „Es kommt, wie's kommt.“ Ich habe das nicht so gesagt, sondern "Wir zahlen am Schluss das, was geleistet wurde." Die Zahlen wurden mehrfach geliefert. Es ist nicht so, dass wir aufgrund solcher Aussagen irgendwie ein Budget machen. Wir haben dieses Jahr 16'300 Stunden à Fr. 45.00 budgetiert. Im 2008 war der Stundenansatz leicht tiefer. Im September 2009 haben wir 11'747 Stunden geleistet. Ende September 2010 waren es 13'550. Daher kommt man auf 18'000 Stunden. Es ist eine kontinuierliche Steigerung. Die Steigerung entsteht aus verschiedenen Gründen. Die demografische Veränderung wurde bereits erwähnt. Auf der anderen Seite sagt das Pflegegesetz ganz klar: ambulant vor stationär. Die Fr. 1.5 Mio. sind für die Pflege im stationären Aufenthalt. Ambulanter Aufenthalt heisst, die Personen sind günstiger als diejenigen, welche stationär gepflegt werden. Des weiteren schicken die Spitäler je länger je mehr die Patienten früher nach Hause. Dies ist eine Tatsache und hat sich in den letzten 2 Jahren stark verändert. Es ist auch zu sagen, dass die hauswirtschaftlichen Leistungen nicht alle an die Pro Senectute gehen. Es gibt ganz klare Regelung, wie lange sie bei der Spitex bleiben, bevor sie zur Pro Senectute wechseln. Dies ist auch an der neuen Budgetposition erkennbar. Diese Regelungen werden im Pflegegesetz vorgeschrieben und andererseits hat man im Rahmen von Baden Regio ein Projekt abgeschlossen, dass jede Spitex der Region die gleichen Leistungen bis zum gleichen Zeitpunkt anbietet. Weiter haben wir neu Leistungen in der Nacht. Es hat einige neue Angebote, die auch ihren Preis kosten. Der Gemeinderat hält an seinem Antrag fest.

**Thomas Meier:** Wir streiten nicht über Inhalte und diskutieren nicht über Inhalte. Über die Inhalte der Spitex sind wir uns alle einig. Wir bezahlen selbstverständlich, was abgerechnet wird. Wenn man Verantwortung übernehmen will, stimmt man einem der beiden Anträge zu. Vom Resultat her kommt es auf das gleiche an. Man kann ohne schlechtes Gewissen dafür aufstehen, von dem man ausgeht, es sei die genauere Berechnung. Schlussendlich wird jede Stunde geleistet wie sie muss. In einem Jahr sind wir gescheitert und hoffentlich auch etwas genauer in unseren Budgetierungszahlen.

### **Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 26:16, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

**460.318.01 Voranschlagskredit "Behandlungskosten Schulzahnarzt"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Der Budgetbetrag scheint zu tief angesetzt. Gemäss den Rechnungsabschlüssen 2008 und 2009 ist davon aus zu gehen, dass wiederum ein Betrag in der Grössenordnung von Fr. 65'000.00 aufgewendet wird.

**Erhöhungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 460.318.01 um Fr. 5'000.00 auf Fr. 65'000.00 zu erhöhen.

**Vizeammann Heiner Studer:** Der Gemeinderat ist einverstanden.

**Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 42:0, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.

**5. Soziale Wohlfahrt****580.318.02/4 Voranschlagskredit "Senioren-Aktivitäten"**

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Für das Altersleitbild sind Fr. 20'000.00 eingeplant. Gemäss Zwischenbericht und Stellenbeschreibung gehört zu den Aufgaben der Fachstelle für Altersfragen FAF die Erarbeitung und Umsetzung eines Altersleitbildes.

Um den Altersanliegen in Wettingen genügend Rechnung zu tragen, wurde unter anderem eine neue (externe) Stelle geschaffen. Zu den Kernaufgaben dieser Stelle gehört die Erarbeitung und Umsetzung eines Altersleitbildes. Aus diesem Grund ist ein zusätzlicher Budgetbetrag für die Erstellung des Leitbildes aus Sicht der Finanzkommission nicht gerechtfertigt.

**Streichungsantrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Voranschlagskredit 580.318.02 /4 um Fr. 20'000.00 (Altersleitbild) auf Fr. 12'900.00 zu reduzieren.

**Martin Egloff:** Am letzten Dienstag war ein sehr guter Kommentar auf Seite 1 der Aargauer Zeitung über die Chance der Demografie. Der Autor schreibt über die goldene Generation. Dieser Generation können spezifische Produkte und Dienstleistungen angeboten werden. Die Bedürfnisse dieser Generation herauszufinden und ein entsprechendes Altersleitbild zusammenzustellen, gehört meiner Meinung nach in professionelle Hände mit der entsprechenden Erfahrung. Eine einmalige Investition von Fr. 20'000.00 für ein Altersleitbild soll uns unsere ältere Generation wert sein. Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu unterstützen.

**Joseph Wetzel:** Der Betrag ist vorgesehen, damit eine verwaltungsexterne Fachperson den Mitwirkungsprozess von direkt betroffenen Personen, also Seniorinnen und Senioren, beim Erstellen eines Altersleitbildes begleiten kann. Dieser Prozess ist ein wichtiger Bestandteil für die Erarbeitung des Altersleitbildes. Für diese Prozesse braucht es Know-How, die die Person, die FAF leitet, nicht mitbringt. Die restlichen Arbeiten die zur Erstellung gehören, werden von der FAF selbstverständlich

selber geleistet. Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen fordern Sie auf, den Antrag abzulehnen. Bitte bewahren Sie Augenmass. Immerhin leisten wir, ohne detaillierte Kenntnisse, die stattliche Summe von Fr. 250'000.00 für das Standortmarketing. Da wäre es schlechter Stil, den detaillierten Posten ausgerechnet um den Betrag für diese wichtige externe Leistung zu kürzen.

**Patrick Bürgi:** Die CVP unterstützt die Erstellung des Altersleitbildes. Für unsere Anliegen ist dies sehr zentral und wir sind deshalb auch nicht einverstanden mit dem Streichungsantrag der Finanzkommission. Die CVP-Fraktion wird die Bemühungen für die Erarbeitung eines Altersleitbildes vorantreiben. Es ist richtig und wichtig, dass dabei eine externe Fachperson miteinbezogen wird. Unser Wunsch, und hier auch die Aufforderung an den Gemeinderat, das Ziel vor Augen zu behalten und nicht auf die weitere Zukunft hinauszuschieben. Unserer Ansicht nach ist es zwingend notwendig, dass das Altersleitbild bis Ende nächstes Jahr vorliegt. Zu den Ausführungen von Martin Egloff möchte ich folgendes festhalten: Ich habe den Antrag der Finanzkommission nicht so verstanden, dass das Leitbild gestrichen werden soll. Sondern man will die externe Begleitung streichen. Dazu sind wir klar der Meinung, dass es die Fachperson braucht für die Moderation der ganzen Angelegenheit, für eine externe Begleitung des heutigen Stelleninhabers. Wir sind deshalb gegen den Antrag der Finanzkommission.

**Paul Koller:** Nach unseren Informationen steht im Anforderungsprofil für die Stelle FAF klar, dass sie ein Altersleitbild erarbeiten und umsetzen können soll. Zur Aussage, dass diese Stelle nicht in der Lage sein soll, das Altersleitbild zu erstellen, gibt es zwei Möglichkeiten: das Stellenprofil muss angepasst werden oder die Person muss in der Lage sein, das Altersleitbild erstellen zu können.

**Joseph Wetzel:** So habe ich es nicht gesagt. Selbstverständlich ist der Leiter FAF in der Lage, das Altersleitbild zu erarbeiten. Aber es ist in dem ganzen Erarbeitungsprozess ein Mitwirkungsprozess enthalten. Dieser spezielle Teil soll von einer externen Fachperson übernommen werden. Die Fachperson gehört nicht zum Kompetenzfeld des Fachstellenleiters.

**Yvonne Feri, Gemeinderätin:** Ich möchte mich kurz halten. Ich bin sehr froh, dass meine Vorredner den Streichungsantrag nicht unterstützten. Es ist tatsächlich so, dass die Erarbeitung eines Altersleitbildes in der Stellenbeschreibung des Pilotprojektes enthalten war. Es ist aber auch nicht so, dass der Leiter FAF gar nichts für das Altersleitbild machen wird, sondern er wird es begleiten und einen grossen Teil davon übernehmen. Würde man das ganze Paket extern geben, würde dies mindestens Fr. 10'000.00 zusätzlich kosten. Des weiteren hat der Leiter FAF ein 50 % Pensum. Mit diesem tiefen Pensum kann er nicht in kurzer Zeit ein Altersleitbild erstellen. Ich habe die Forderung entgegengenommen. Bis Ende 2011 sollte die Erstellung des Altersleitbildes möglich sein, wenn wir in Kürze mit der Arbeit beginnen. Der Gemeinderat hält an seinem Antrag fest.

### **Abstimmung**

Der Antrag wird mit 14 : 29, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

## 6. Verkehr

Keine Voten.

## 7. Umwelt, Raumordnung

Keine Voten.

## 8. Volkswirtschaft

Keine Voten.

## 9. Finanzen

### 990.332.01 Pflichtabschreibungen

**Paul Koller, Präsident Finanzkommission:** Es stehen vor dem Schlussantrag noch 2 Anträge der Finanzkommission im Raum. Weil wir mittlerweile andere Streichungs- oder Erhöhungsanträge haben, erachte ich diese als hinfällig. Es ist unsinnig darüber abzustimmen.

Ziel der Finanzkommission war, bei einem Steuereffuss von 89 % die Pflichtabschreibungen maximal zu erhöhen. Auch 11 % sind herzlich willkommen.

Martin Frey hat auf seiner Excel-Liste den Zusammenzug. Sobald wir auch das EW beraten haben, sehen wir, welche Ergebnisveränderung wir haben. Im Namen der Finanzkommission, kann ich beantragen, dass die Pflichtabschreibungen maximal erhöht und der Rest als Ausgleich über das Konto Aktiensteuern 900.401.00 ausgeglichen wird.

### Rückkommen

#### 840.365.04 Beitrag Standortmarketing → Buch Wettinger Weinbau

**Werner Hartmann:** Ich habe eine Frage zum Konto 840.365.04 Beitrag Standortmarketing. Wir haben einen Pauschalbetrag von Fr. 250'000.00 im Budget. Man weiss nicht genau, was enthalten ist. Mich würde der Betrag von Fr. 65'000.00 welche offenbar zur Diskussion stehen für ein Buch über den Wettinger Weinbau. Kann der Gemeinderat dazu genau Auskunft geben? Ist wirklich geplant, für Fr. 65'000.00 ein Buch über den Wettinger Weinbau zu verfassen? Falls ja, besteht die Möglichkeit, als Autor zu fungieren?

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Der Autor wird nicht soviel erhalten. Die Produktion kostet auch nicht wenig. Das Buch ist ein Punkt der vorhandenen Ideen, auch im Jahr 2011 die Standortförderung zu betreiben. Den Weinbau, auch im Zusammenhang mit dem Naherholungsgebiet, möchte man pushen. Das ist angedacht, der Gemeinderat hat aber noch nicht über die Realisation entschieden. Es liegt auch noch kein Konzept vor. Es ist denkbar, dass der Gemeinderat die Realisation streicht oder sich auf eine Broschüre beschränkt.

**Werner Hartmann:** Ich möchte einen Antrag stellen. Ich habe Erfahrungen im Bücher schreiben. Es ist üblicherweise so, dass der Verlag schaut, ob das Buch verkauft werden kann. Man muss nicht so viel Geld investieren. Besteht die Nachfrage nach dem Buch, muss man keine grossen Beitrag leisten. Vielleicht macht man einen Publikationsbeitrag von Fr. 10'000.00, aber Fr. 65'000 Vorfinanzierung ist unüblich. Da macht man vielleicht, wenn es um Harry Potter geht und der Verlag weiss, es wird ein Bestseller. Das wird hier nicht der Fall sein. Ich stelle den Antrag, das Konto um Fr. 50'000 kürzt. Damit bleiben immer noch Fr. 15'000.00 als Publikationsbeitrag. Dies ist ein komfortabler Betrag.

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Ich bitte Sie um Ablehnung. Der Gemeinderat wird umsichtig mit dem Betrag der Standortförderung umgehen. Das tun wir jetzt schon. Wir haben dem Betrag reduziert auf Fr. 250'000.00. Ich bitte Sie keine punktuellen Streichungen vorzunehmen. Lassen Sie diesen Betrag stehen. Erfahrungen meinerseits sind hier, dass wir alles daran setzen werden, zu dieser Position einen Ertrag generieren zu können. Ich nehme es gerne entgegen, dass wir diese Punkt nocheinmal überprüfen werden. Ich bitte Sie aber, diesen Antrag abzulehnen.

**Holger Czerwenka:** Ich habe Mühe, wenn man pauschal Beträge sprechen muss. Es geht immerhin um eine Viertelmillion Franken. Ich hätte auch den Anspruch, genauer zu wissen, was damit passiert. Ich werde den Antrag von Werner Hartmann unterstützen.

**Patrick Bürgi:** Diese Diskussion ist nicht neu. Auch in der Finanzkommission wurde diese Diskussion schon geführt. Die Finanzkommission hat eine detaillierte Liste mit Projekten, für welche die Fr. 250'000 investiert werden sollen. Wir hatten vor 1 oder 2 Jahren in der Finanzkommission einen Streichungsantrag im Raum, wo wir gesagt haben, wir wollen zuerst ein Konzept des Gemeinderates. Man hat dies diskutiert, das Konzept lag am Schluss vor. Man hat dort ziemlich genau gewusst, was wurde gemacht und was will man in Zukunft machen. Ich bin einverstanden, dass es als hoher Betrag im Raum steht. Wenn man aber sieht, was alles gemacht werden muss, bin ich der Meinung, muss man eine Pauschale festsetzen. Es ist leicht, nun Fr. 50'000.00 zu streichen. Wir haben dafür ganz sicher unsere 11 Pflichtabschreibungsprozente. Das kann aber für mich nicht der Sinn sein. Wir wollten diese Stelle, wir haben sie geschaffen und bewilligt und nun müssen wir ihr auch Geld zur Verfügung stellen. Es kann nicht sein, dass wir pauschal streichen. Ich kann nicht beurteilen, ob die Zahlen Fr. 15'000.00 oder Fr. 65'000.00 stimmen. Hinzu kommt, dass Dr. Markus Dieth klar gesagt hat, dass noch nicht klar ist, ob das Buch realisiert wird. Deshalb bin ich der Meinung, können wir nicht bereits heute eine pauschale Streichung vornehmen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

**Paul Koller:** Ich möchte als Vertreter der Finanzkommission noch einmal an die einzelnen Parteien appellieren. Sie haben Vertreter in der Finanzkommission. Es ist nicht so, dass man über Budgetbeträge über Fr. 250'000.00 ohne Informationen abstimmt. Wir hatten ein detailliertes Budget mit den aufgelisteten Projekten der Standortförderung. Ich bin der Meinung, dass es auch Aufgabe der Mitglieder der Finanzkommission ist, die Informationen an die Fraktionsmitglieder weiterzuleiten. Dazu ist die Finanzkommission auch so breit gefächert.

**Andreas Rufener:** Werner Hartmann geht es konkret um das Buch. Der Betrag über Fr. 65'000.00 ist schlicht zu hoch. Was in Sachen Standortmarketing aus der Finanzkommission kommend heute in diesem Rat gemacht wurde, ist ein absoluter Affront gegen alle Lehrer. Als Lehrer ist man in Wettingen nicht willkommen. Da nützt es nichts, ob dem Standortmarketing Fr. 200'000.00, Fr. 250'000.00 oder

Fr. 300'000.00 gegeben wird. Als Lehrer würde ich mir überlegen, was ich hier in Wettingen soll. Wenn man einen neuen Velounterstand, ein neues Pult möchte, es wird einfach alles pauschal abgelehnt. Wir machen hier im Rat ein Gemisch. Ich bin persönlich kein Fan davon, ein Weinbuch zu machen. Ich werde unterstützen, dass man das Buch für höchstens Fr. 15'000.00 macht.

**Werner Hartmann:** Im Detailbudget war keine Projektliste enthalten. Auf Nachfrage wurden uns die Details unterbreitet. Wenn hier ein Posten über Fr. 65'000.00 "Verschiedenes, noch nicht klar" enthalten wäre, wäre ich nicht aufgestanden. Mir geht es darum, zu hinterfragen, ob ein Buch über den Wettinger Weinbau Sinn macht. Ist es primäre Aufgabe, über den Wettinger Weinbau ein Buch zu schreiben und so viel Geld zu investieren? Ich weiss, was es kostet, ein Buch zu schreiben und kenne mich im Verlagswesen aus. Fr. 65'000.00 ist eine Luxuslösung. Schon mit Fr. 10'000.00 oder Fr. 15'000.00 ist es möglich, bei einem Bedürfnis das Buch zu realisieren. Gerade jetzt, wenn wir sparen müssen, wäre es sinnvoller, das Geld für eine Luxusfinanzierung eines Buches über den Wettinger Weinbau nicht auszugeben. Wenn mir der Gemeindeammann nun versichert, dass man den Posten ersetzt durch Unvorhergesehenes, dann ist die Sache für mich erledigt. Aber ich traue dem Gemeinderat nicht, dass wir in ein, zwei Jahren nicht ein Buch haben, das niemand will und niemand braucht, aber sehr viel Geld gekostet hat.

**Marie Louise Reinert:** Ich möchte nur ein Wort sagen: Verhältnismässigkeit. Staatliches Handeln muss verhältnismässig sein.

### **Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 28 : 16, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt.

### **820 Jagd, Fischerei**

**Pius Benz:** Im Aufwand sind Fr. 1'500.00 budgetiert, im Ertrag Fr. 4'300.00. Nach meinem Wissen ist gemäss neuem Jagdgesetz nicht mehr die Gemeinde Verpächter des Jagdreviers, sondern der Kanton. Ich bin der Meinung, die Jagdpachtzinsen würden an den Kanton gehen. Wurde dieser Betrag einfach übernommen von den Vorjahren?

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Ich kann diese Frage nicht beantworten. Pius Benz könnte aber recht haben. Wir würden die Korrektur vornehmen, wenn es so wäre.

### **801 Weinbau**

**Daniel Frautschi:** Wir haben dort einen Aufwand von Fr. 90'750.00 und einen Ertrag von Fr. 24'000.00. Ich kann mir fast nicht vorstellen, wie das gehen soll. Wären wir ein Weinbauunternehmen, müssten wir sofort den Betrieb einstellen. Was geschieht mit dem Wein, dass nur Fr. 24'000.00 eingenommen wird?

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Dies ist der gemeindeeigene Wein und wird an diversen Veranstaltungen gebraucht. Es findet keine interne Verrechnung statt.

**Präsident Beat Brunner:** Spätestens nach der Einwohnerratssitzung im Dezember werden Sie, Herr Frautschi, in den Genuss dieses Weines kommen.

## 10. Gemeindewerke

Keine Voten der Fiko

**Martin Frey:** Ich darf Ihnen das Ergebnis präsentieren. Die Budgetkorrekturen belaufen sich auf eine Summe von Fr. 398'300.00. Damit sind auch 2 % zusätzliche Pflichtabschreibungen möglich. Im Raum steht der Antrag, die Pflichtabschreibungen möglichst hoch festzulegen. Somit kann man die Pflichtabschreibungen erhöhen auf 11 %, was ein Betrag von Fr. 386'400.00 bedeutet. Den Rest würde man bei den Gemeindesteuern kompensieren, also um Fr. 11'900.00 reduzieren, um das Budget auszugleichen. Dies ergäbe neu im Konto 900.400.01 Fr. 44'877'200.00.

### Steuerfussdebatte /Abschlussantrag Finanzkommission

**Pius Benz:** Es hat noch Luft im Budget. Ich stelle im Namen der Fraktion SVP den Antrag: "Auf die vorgesehene Erhöhung des Steuerfusses um 2 % von 87 % auf 89 % sei zu verzichten."

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Der Gemeinderat ist der Auffassung, wenn man aus den Streichungsanträgen etwas machen kann, sollen die Pflichtabschreibungen maximal eingesetzt werden. In diesem Sinne kann man unseren Antrag zu Gunsten des Antrages der Finanzkommission zurückziehen. Zum Antrag von Pius Benz mit 87 %: ein Steuerprozent sind Fr. 530'000.00. Da würde schon noch einiges fehlen mit Pflichtabschreibungen von Fr. 386'400.00.

### Antrag SVP um Kürzung des Steuerfusses um 2 % von 89 % auf 87 %

Der Antrag wird mit 12 : 34 abgelehnt.

### Antrag Festsetzung der Pflichtabschreibungen bei 11 %

Dem Antrag wird mit 34 : 12 zugestimmt.

### Schlussabstimmung Voranschlag 2011

Der Einwohnerrat fasst mit 25 : 12, bei 9 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Voranschlag 2011 des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie der Einwohnergemeinde wird genehmigt, wobei der Steuerfuss auf 89 % und zusätzlich Pflichtabschreibungen von 11 % festgelegt werden.

## 4. Kreditantrag von Fr. 3'910'000.00 für die Modernisierung und Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes

**Werner Hartmann, Vertreter Finanzkommission:** Ich gehe aufgrund der Fraktionsberichte davon aus, dass kein grosser Widerspruch vorhanden ist. Ich möchte nur ein paar Punkte hinausgreifen. Es ist wichtig zu wissen, dass bei diesem Projekt die SBB

stark mitbeteiligt ist. Man ist auf den Goodwill der SBB angewiesen. Dies zeigt sich schon darin, dass die Liegenschaften, speziell beim Vorplatz, entlang der Güterstrasse und Seminarstrasse im Besitz der Gemeinde Wettingen sind. Die Gemeinde Wettingen ist nicht ganz frei. Dies hatte relativ lange und schwierige Verhandlungen zur Folge. Die Anzahl Veloplätze werden um rund 100 Plätze erhöht. Dies wird aber bei Spitzenzeiten noch immer nicht ausreichend sein. Eine weitere Verbesserung ist der näher beim Bahnhof liegende Busbahnhof. Das ganze Gelände wird für Fussgänger übersichtlicher. Die Frage, die sich sicher automatisch stellen wird: Es ist wieder eine Vorlage knapp unter den magischen Fr. 4 Mio. Erst an der letzten Sitzung hatten wir einen ähnlichen Fall. Man sollte sich überlegen, bei Tiefbauvorhaben die Limite vielleicht auf Fr. 6 Mio. in der Gemeindeordnung zu erhöhen, wie die Stadt Baden. Man hätte auf die Sanierung des Stückes der Seminarstrasse verzichten, so Fr. 0.5 Mio. sparen und seinerzeit mit der Seminarstrasse machen können. Dies hätte vom Bauablauf aber wenig Sinn gemacht. Oder man hätte den Ausgang zur Klosterhalbinsel streichen können. Aber es ist sicher ein wenig unschön, dass der Kreditbetrag knapp unter den Fr. 4 Mio. liegt. Der Gemeinderat hätte den Betrag ja deutlich senken können und diese Bauten später bringen können in anderem Zusammenhang. Ich möchte dem Gemeinderat mit auf den Weg geben zu überlegen, ob man den Betrag nicht auf Fr. 6 Mio. erhöhen möchte. Gerne stehe ich oder der Gemeinderat zur Verfügung um Fragen zu beantworten. Die Dossiers sind sehr umfangreich. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

**Joseph Wetzel:** Diese Vorlage wurde wahrscheinlich von vielen im Rat seit langem erwartet. Was lange währt, wird endlich gut. Die Fraktion Wettigrünen/SP sind erleichtert, dass erstens eine gute Position der Bushaltestelle vorgeschlagen wird. Dass zweitens der treppenfrie Perronzugang nach langer Wartezeit Realität wird. Dass drittens die Gestaltung des Vorplatzes als Begegnungszone die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer rund um den Bahnhof verbessert. Auch für die Velofahrer verbessert sich vieles, va. die Zu- und Wegfahrt über die Alberich Zwysig-Strasse mit der neu erstellten Rampe. Ein Wermutstropfen stellt die Zahl der Veloplätze dar, welche auch dann noch zu klein sein wird. Es werden ca. 350 gedeckte Veloplätze zur Verfügung stehen. Heute stehen an einem durchschnittlichen Arbeitstag deutlich über. 400 Velo kreuz und quer am Bahnhof. Wir haben aber eingesehen, dass im Rahmen der Planung keine Möglichkeit gefunden wurde, noch mehr Plätze vorzusehen. Deshalb stimmen wir der Vorlage selbstverständlich zu. Wir fordern den Gemeinderat dringend auf, noch mal Kreativität walten zu lassen, um noch mögliche Veloparkplätze vorzusehen.

**Thomas Meier:** Die CVP-Fraktion ist über den Inhalt der Vorlage sehr glücklich und einverstanden. Es ist eine dringende Aufwertung in diesem Gebiet. Es ist eine Visitenkarte, die sicher für die Gemeinde Wettingen sehr wichtig ist und entsprechend anzupassen. Es ist eine Basis für zukünftige Projekte im Bahnhofsbereich. Zu den Veloparkplätzen: Dies ist uns auch sehr ein wichtiges Anliegen, auch mir persönlich. Ich bin nicht ganz auf das selbe Resultat gekommen. Es ist eine gute Aufwertung. Wir haben aktuell ca. 280 Veloparkplätze. Die Zahl wird nun auf 420 erhöht. Es dürfen noch ein paar mehr hinzukommen. Deshalb gebe ich dies auch gerne mit: eine zusätzliche Erweiterung wäre schön. Die im Projekt enthaltene Zahl ist eine sehr gute Lösung mit den 300 sehr modernen Plätzen mehr. Wir sind sehr einverstanden damit. Auch die etwas veralteten Veloabstellplätze hinter der Bushaltestelle und der Südrampe werden sicher auch später noch gemacht. Die ganze Vorlage ist eine gefreute Sache. Eine weitere kleine Bemerkung: ich finde es nicht korrekt, wenn in einem Fraktionsbericht etwas unterstellt wird, die absolut nicht der Realität entsprechen. Die beiden Vorlagen können gar nicht in einer verbunden werden. So wird aber der Bevölkerung vorgegaukelt, man werde betrogen. Das wird nicht dementiert und bleibt so im Bericht stehen. Ich finde dies ein zwiespältiges Vorgehen. Manchmal muss man halt etwas länger warten, weil

man nicht am längeren Hebel ist. Verhandelt man mit der SBB, ist man leider nicht am längeren Hebel. Man hat von der Gemeinde immer wieder gehört, dass man nicht weitermachen kann. Man muss sich erinnern, dass von der linken Seite des Rates kam, dass alles durch die Gemeinde selber finanziert werden solle. Heute bin ich froh, hat man dies nicht getan und die letzte Geduld aufgebracht. Nun liegt eine gesamte und gute Lösung vor. Im nächsten Traktandum mit 10 % Kostenbeteiligung hat man eine sehr gute Ausgangslage geschaffen. Ich bin froh, hat der Gemeinderat die etwas länger dauernde, aber dafür bedeutend bessere Verhandlung geführt als dazumal gefordert wurde in einer Kurzschlussreaktion.

**Andreas Rufener:** Die Fraktion EVP/Forum 54530 unterstützt die Vorlage. Es ist zweckmässig mit der Businsel in der Mitte des Platzes. Wir haben auch festgestellt, dass die Busse im Linksverkehr fahren und es eine kleine Herausforderung geben wird um die Lenkung klar zu machen. Die vorfahrenden Autos für den sogenannten Pits and Drive-Verkehr fahren verkehrt. Die Bodenmarkierungen dazu ist schwer anzubringen. Baden hat auch einen solchen Platz. Dort sieht man die Bodenmarkierungen schlecht. Ich bitte um entsprechende flankierende Massnahmen wie Plakate etc.

**Daniel Frautschi:** Ich werde mich nicht entschuldigen für unseren Zeitungsartikel. Es ist sicherlich ein gutes Projekt, dies unterstützt die SVP-Fraktion. Was uns stört, ist das Wunschkonzert. Dass 7 Architektur- und Planungsbüros mitarbeiten müssen, ist uns nicht verständlich. Eine Frage zu den Velounterständen: Werden diese bewirtschaftet? Gibt es Vignetten für Velos?

**Martin Egloff:** Die FDP begrüsst die Vorlage. Ich habe das Projekt im Detail angeschaut. Eine kleine Kritik: Die Umleitung der Busse über die Güter- und Seminarstrasse geht durch Wohnquartiere. Es ist aber nicht anders lösbar, dass die Busse dort durchfahren. Insofern ist dies zumutbar. Wir freuen uns auf die schöne Neugestaltung des für Wettingen wichtigen Ortes und bedanken uns bei den Beteiligten.

**Tobias Mittner:** Es ist ja schon schön, wenn Wettingen einen grossen und modernen Bahnhof hat. Es ist auch so dass sehr viele Wettingerinnen und Wettinger den Bahnhof benutzen, um zur Arbeit zu kommen. Auch ich benutze den Bahnhof tagtäglich. Ich mache aber mit jedem hier die Wette: fragt man die Wettinger Bevölkerung, ob sie einen neuen Bahnhof möchten und eine Steuerfusserhöhung um 2 %, dann würden alle gegen die Steuererhöhung stimmen und auf den Bahnhof verzichten. Es macht keinen Sinn, einen modernen grossen Bahnhof zu haben und gleichzeitig die Steuern zu erhöhen. Wir würden besser die Steuern belassen und auf den Bahnhof verzichten.

**Felix Feiner, Gemeinderat:** Ich danke für die positive Aufnahme dieser Vorlage. Ich habe ein Kopie mitgenommen aus einer Zeitung aus dem Jahr 1994. Darin handelt es sich um das älteste Postulat im Rechenschaftsbericht. Der Titel des Artikels lautet "Bahnhofareal - Städtebauliche Chance". Dies ist ein Teil der städtebaulichen Chance, die wir nun realisieren. Zum erwähnten Fraktionsbericht: Es sind 2 verschiedene Bauherren. Auf der einen Seite ist die Gemeinde mit der Busvorfahrt und auf der anderen Seite ist die SBB. Die SBB ist im Moment im Plangenehmigungsverfahren, dies dürfte im Herbst nächstes Jahr abgeschlossen sein. Wenn beide mit Bauen beginnen können und die SBB die Finanzen sprechen kann, können auch Synergien in der Bauphase genutzt werden. Das ganze Projekt wurde durch die Ortsbildkommission unter der Leitung von Gemeinderat Daniel Huser begleitet. Zu den Veloplätzen: die Zahlen sind et-

was umstritten. Es ist klar eine Verbesserung, aber noch nicht das Optimum. Wir werden sicher die Kreativität walten lassen. Das kleine Nebengebäude ist eine Möglichkeit, muss aber mit der SBB abgeklärt werden. Die SBB war wie gesagt kein einfacher, sondern ein schwieriger Verhandlungspartner. Wir haben das Optimum herausgeholt. Eine Bewirtschaftung der Veloplätze ist nicht vorgesehen. Die Wette von Tobias Mittner gehe ich gerne ein, denn ich garantiere, dass der Tenor der Bevölkerung anders ist.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 44 : 0, bei 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Für das Projekt zur Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes wird ein Bruttokredit in Höhe von Fr. 3'910'000.00 (inkl. 7.6 % MwSt.) bewilligt.

### **5. Kreditbegehren von Fr. 800'000.00 für die Auswertung und behindertengerechte Umgestaltung des Bahnhofs Wettingen**

**Werner Hartmann, Vertreter Finanzkommission:** Es handelt sich hierbei um einen Pauschalbeitrag für ein Projekt, das ganz unter der Federführung der SBB läuft. Ich wurde im Vorfeld von verschiedener Seite angesprochen, was passieren würde, wenn die SBB das Vorhaben nicht umsetzen oder aus finanziellen Gründen hinausschieben würde. Wie wäre denn die Kopplung zum vorherigen Geschäft? Dies ist nicht auszuschliessen. Die Gemeinde Wettingen hätte die Möglichkeit, das vorhehrige Projekt zu modifizieren. Der Einwohnerrat könnte das Projekt entsprechend anpassen. Es ist nicht so, dass wir gezwungen sind, etwas zu bauen, das unter Umständen gar keinen Sinn mehr machen würde. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen den Antrag zur Annahme.

**Andreas Rufener:** Die Fraktion EVP/Forum 5430 unterstützt diese Finanzierung des behindertengerechten Perronzuganges. Im Vorfeld wurde gefragt, warum man nicht eine Rampe macht. Es ist so, das Zwischenperron zwischen Gleis 3 und 4 ist relativ schmal. Dadurch kann man nicht über eine lange Distanz mit einer Rampe den Wartebereich der Personen einschränken. Die vorgesehene Lösung ist sehr gut.

**Martin Egloff:** Auch die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag. Zur erwähnten Rampe: Auf Perron 5 hat es eine solche Rampe, aber sie ist mit 12 % zu steil für einen Rollstuhlfahrer. Dass bei Perron 5 nicht nochmals ein Lift geplant wurde, zeugt davon, dass eine kostengünstige Lösung gesucht hat. Der Rollstuhlfahrer muss auf der Südseite des Bahnhofes hinaus und kann wieder über die 6 % Steigung auf das Perron 5 gelangen. Das ist zumutbar.

**Helen Suter:** Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass man nicht von behindertengerechter, sondern hindernisfreier Umgestaltung spricht. Es geht auch um Kinderwagen etc. Dies ist ein kleines Detail.

**Pius Benz:** Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag. Es ist einleuchtend. Es ist erstaunlich, hier will man einen hindernisfreien Zugang machen. Aber überall, wo Strassen neu saniert werden, werden Anrampungen erstellt, die Hindernisse darstellen. Es geht nicht ganz auf.

## Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für die behindertengerechte Ausrüstung des Bahnhofbetriebsgeländes im Rahmen des Gesamtprojekts der SBB Infrastruktur wird ein Bruttokredit von Fr. 800'000.00 (inkl. 7.6 % MwSt.) bewilligt.

### 6. **Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Januar 2008 betreffend Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen; Bericht**

**Dr. Markus Dieth, Gemeindeammann:** Der Bereich Querschnittsaufgaben ist nicht einfach anzupacken. Wir sind froh um das Postulat. Es hat vieles angeregt. Der vorliegende Bericht geht über das Postulat hinaus. Es hat abgebildete Bereiche, die nicht unbedingt im Postulat enthalten waren. Aber wir fanden, wir wollen Ihnen den aktuellen Stand zeigen. Wir sind der Auffassung, dass der Bericht Keller, welcher in der Aktenaufgabe war, durch den Gemeinderat weiterhin verfolgt wird. Es hat teilweise Dinge im Bericht, die im Vergleich zum Bericht Keller schon weit fortgeschritten sind, z.B. Bau- und Planungsabteilung. Insbesondere aber auch bei der Kanzlei. Bei der Kanzleiabteilung ist es sehr schwer, die Querschnittsaufgaben zu erfassen bzw. die Schnittstellen. In der Kanzlei laufen Kultur, Jugend und Sport, Einbürgerungen, Feuerwehr, Krippenpool, Hort, Spielgruppen, Altersfragen, RPB, Erziehung und Bildung etc. Hier hat es sicher noch Punkte, die besser optimiert werden können. Bezüglich mittelfristige Massnahmenplanung: im Laufe dieser Amtsperiode wird auch die Ressortstrukturierung überprüft. Hier sind wir der Auffassung, dass es sich lohnt, diese genau anzuschauen. Kurzfristige Massnahmen sind auch enthalten. Auch die neu geschaffene Personalfachstelle wird Auswirkungen haben. Ebenso das Reglement Kompetenzdelegation, woran wir am Arbeiten sind. Die Schnittstellen Kanzlei wollten wir heute bereits durch Massnahmen im Budget entflechten, was nicht überall gelungen ist. Wir werden versuchen, diese Abläufe zu optimieren. Der Gemeinderat ist gesamthaft der Auffassung, dass dies ein laufender Prozess ist und der Bericht Keller weiterbearbeitet wird, auch im Zusammenhang mit den Legislaturzielen. Das Postulat ist formell mit dem Bericht erfüllt und sollte aus Sicht des Gemeinderates abgeschrieben werden.

**Markus Maibach:** Die Fraktion WettiGrünen/SP bedankt sich für den Bericht. Er ist aufschlussreich. Der Gemeindeammann hat es ausgeführt, es ist eine grosse Aufgabe, es ist eine Daueraufgabe. Es ist für uns ein Zwischenbericht. Es wurde auch sichtbar, dass die Querschnittsaufgaben eine Organisationsentwicklungsfrage darstellen. Ich möchte vor allem vor folgendem warnen: Es hat einige Massnahmen, die man als effizienzsteigernde Massnahmen anschauen kann, man aber nicht das Gefühl hat, man kann sparen. Es ist ganz wichtig, dass, auch bei effizienzsteigernden Massnahmen, die Qualität besser wird und nicht dass dies zum Sparanlass wird. Wenn man den Bericht liest, gibt es Punkte, die sehr schlüssig aufgeführt sind und sehr klar. Es gibt aber auch Punkte, die nicht so klar sind. Der Gemeindeammann hat zumindest angedeutet, wo dies der Fall ist. Hier möchte ich nachfragen: Es enttäuscht uns, dass der Bericht Keller ausgerechnet dort, wo die Querschnitte am Intensivsten sind, nämlich der Kanzlei, Gesundheit, Jugend und Sport, Integration etc. sehr wenig aussagt. Wenn ich den Bericht lese, dann steht über die Kanzlei, dass ein Mindmap erstellt wurde. Hier ist offensichtlich noch vieles offen. Ich möchte 2 Fragen stellen: Wie verbindlich ist die umfassende Massnahmenliste im Bericht Keller? Was wird bezüglich Reorganisation konkret in der Kanzlei geplant?

**Yvonne Vogel:** Auch die FDP-Fraktion haben den Bericht ausführlich geprüft. Wir danken dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht und warten gespannt auf die Umsetzung der einzelnen Massnahmen. Damit verbunden sind die Hoffnungen und Erwartungen, dass die angestrebten Veränderungen auch eine effektive Entlastung der stark belasteten Bereiche bringen und die gewonnenen Kapazitäten zielgerichtet für die Kernaufgaben der einzelnen Abteilungen eingesetzt werden. Die FDP-Fraktion erwartet dadurch eine Effizienzsteigerung quer durch die Verwaltung.

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Es ist nicht möglich, dies im Detail zu beantworten, Markus Maibach. Es wurden die verschiedenen Einzelmassnahmen angesprochen, z.B. der Transport nach den Urnenabstimmungen. Es hat aber auch Massnahmen bzw. angesprochene Themenbereiche, die Legislaturziele, teilweise sogar die Strategie ansprechen. Es hat ganz unterschiedliche Ideen, die angesprochen sind. Wir haben einige Dinge in der Klausur behandelt, auf der anderen Seite aber auch das Delegationskompetenzreglement in Auftrag gegeben, welches auch einige Bereiche abdecken wird. Wir haben teilweise ebenfalls die kleinen Massnahmen im Gemeinderat bearbeitet, z.B. Besuche 80jährige. Es gibt Massnahmen, die gleich umsetzbar sind, aber auch Massnahmen, an denen der Gemeinderat noch arbeitet. Es gibt weiter auch Empfehlungen, die zwar gut sind, aber der Gemeinderat diese Auffassung nicht teilt. So unterliegen die Massnahmen verschiedenen Zeithorizonte. Die grossen Ziele, die in den strategischen Bereich reichen, wollen wir bis Ende Amtsperiode abgeschlossen haben. Auf das Thema bezüglich Reorganisation in der Kanzlei: das wird sich entscheiden, was dort konkret umgesetzt wird. Die Stellenbeschriebe wurden konkretisiert der Leiterin Standortförderung und der beiden Gemeindeschreiber.

**Markus Maibach:** Ich bedanke mich für die Ausführungen. Ich möchte aus eigener Erfahrung anregen, sich im Bereich Kanzlei - weil es ein so komplexer Bereich ist - weiterhin extern begleiten zu lassen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Bericht zur Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Januar 2008 betreffend Überprüfung der Strukturen von Querschnittsaufgaben in der Gemeinde Wettingen wird abgeschrieben.

### **7. Postulat Fraktion EVP/Forum 5430 vom 6. Mai 2010 betreffend Einführung des reduzierten Winterdienstes; Ablehnung**

**Helen Suter, Postulantin:** Zunächst möchte ich allen, die dafür sorgen, dass wir zu jeder Jahreszeit ein gepflegtes Wettingen geniessen dürfen, ein Kränzlein winden. Auch der Blumenschmuck, der verschiedene Strassenabschnitte ziert, erfreut mich immer wieder. Herzlichen Dank dafür.

Doch nun zum Winterdienst. Salz ist ein kostbares Gut, wofür wir Sorge tragen sollten. Im letzten Winter fiel mir auf, dass, kaum hat sich der Winter mit seinem schönen Kleid gezeigt, sogleich alle Strassen schwarz geräumt wurden. Nach meiner Nachfrage im Dezember 2009 beim Werkhof sagte man mir, dass der reduzierte Winterdienst nicht

eingeführt werden könne, da es diesen gar nicht gäbe, man gehe sowieso sparsam um mit dem Salz. Im Januar dann führte Wettingen den reduzierten Winterdienst ein, infolge Salzknappheit.

Der Fraktion EVP/Forum 5430 und weiteren Unterzeichnenden des Postulats ist es ein Anliegen, dass überprüft wird, ob in Wettingen der reduzierte Winterdienst eingeführt werden kann. In vielen anderen Gemeinden wird dies bereits praktiziert. Auch kann man von den Erfahrungen des letzten Winters profitieren. Mit weniger Salzen meinen wir, dass neuralgische Orte oder Strassen mit einer bestimmten Steigung wie bis anhin gesalzen werden müssen, jedoch Quartierstrassen ohne Gefahrenpotential sollen weiss bleiben. Weniger Streusalz verwenden heisst, dass wir die Umwelt schonen, dass weniger Rost an Fahrzeugen ansetzt und dass wir bewusst das kostbare Gut Salz einsparen.

**Gemeinderat Felix Feiner:** Der Gemeinderat lehnt das Postulat ab. Ich möchte auf einige Punkte eingehen. Wir räumen, aber nicht alle Strassen gleich. Wir salzen, aber nicht alle Strassen gleich. Der Winterdienst ist nicht planbar. Der Leiter Werkhof muss jeweils entscheiden, wann geräumt, wann nicht geräumt etc. Wenn es im Winter konstant tiefe Temperaturen hat und der Schnee liegen bleibt, muss man auch nicht viel salzen. Hat man aber Temperaturschwankungen mit Sonneneinstrahlungen, gibt es Wasser, das zu Eis wird. Dies ist gefährlich und wir haben Handlungsbedarf. Es stellt sich dann eventuell auch die Haftungsfrage, wenn wir nichts oder zu wenig gemacht haben. Der Einsatz von Split ist ökologisch bedenklicher. Split gelangt in die Kanalisation. Der auf der Strasse liegende Split muss zusammengewischt und als Sondermüll abtransportiert und gewaschen werden. Autofahrer haben sich auch den Verhältnissen anzupassen. Auf der anderen Seite ist der Winterdienst auch eine Dienstleistung an der Bevölkerung. Im letzten Winter hatten wir nicht nur positive Rückmeldungen. Der Werkhof leistet guten Winterdienst. Ich bin gerne bereit, einzelne Anliegen mit dem Werkhof zusammen anzuschauen. Grundsätzlich möchten wir an den Regelungen vom letzten Jahr festhalten. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat lehnt das Postulat Fraktion EVP/Forum 5430 vom 6. Mai 2010 betreffend Einführung des reduzierten Winterdienstes mit 8 : 29, bei 9 Enthaltungen, ab.

**Präsident Beat Brunner:** Die Einwohnerratssitzung vom 11. November 2010 entfällt aufgrund fehlender behandlungsreifer Geschäfte.

Schluss der Sitzung: 23.20 Uhr

Wettingen, 21. Oktober 2010

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates  
Präsident**

Beat Brunner

**Protokollführerin**

Daniela Betschart